

NomosKOMMENTAR

Fuchs | Janda [Hrsg.]

Europäisches Sozialrecht

9. Auflage



Helbing
Lichtenhahn

MANZ



Nomos

Prof. Dr. Maximilian Fuchs

Prof. Dr. Constanze Janda [Hrsg.]

Europäisches Sozialrecht

9. Auflage

Prof. Dr. Susanne Auer-Mayer, Vorständin des Instituts für Österreichisches und Europäisches Arbeitsrecht und Sozialrecht der Wirtschaftsuniversität Wien | **Prof. Dr. Karl-Jürgen Bieback**, Universitätsprofessor a.D., Universität Hamburg | **Prof. Dr. Klaus-Dieter Borchardt**, Senior Energy Advisor bei Baker & McKenzie, Brüssel, Honorarprofessor an der Julius-Maximilians-Universität Würzburg | **Prof. Dr. Maximilian Fuchs**, Universitätsprofessor a.D., Kath. Universität Eichstätt-Ingolstadt | **Prof. Dr. Claudia Maria Hofmann**, Europa-Universität Viadrina Frankfurt (Oder) | **Prof. Dr. Bettina Hummer**, Universität Lausanne | **Prof. Dr. Constanze Janda**, Deutsche Universität für Verwaltungswissenschaften Speyer | **Mathias Landeck**, Deutsche Rentenversicherung Bund, Würzburg | **Prof. Dr. Franz Marhold**, Europäischer Ausschuss für soziale Rechte, Europarat | **Dr. Ricardo Petri**, Richter am Sozialgericht Frankfurt (Oder) | **Dr. Rolf Schuler**, Rechtsanwalt und Vorsitzender Richter am Landessozialgericht Darmstadt a.D. | **Thorsten Schwarz**, Deutsche Rentenversicherung Bund, Berlin | **Prof. Dr. Bernhard Spiegel**, Leiter der Abteilung Internationale Angelegenheiten der Sozialversicherung im Bundesministerium für Arbeit, Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz, Wien, a.D., Honorarprofessor an der Universität Salzburg | **Prof. Dr. Heinz-Dietrich Steinmeyer**, Universität Münster | **Prof. Dr. Johanna Wolff**, LL.M.eur (KCL), Universität Osnabrück

 Helbing
Lichtenhahn

MANZ 



Nomos

Zitiervorschlag: Fuchs/Janda EuSozR/Bearbeiter Art. ... Rn. ...

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <http://dnb.d-nb.de> abrufbar.

ISBN 978-3-7560-1001-1 (Nomos Verlagsgesellschaft mbH & Co. KG, Baden-Baden)

ISBN 978-3-7190-5007-8 (Helbing Lichtenhahn Verlag, Basel)

ISBN 978-3-214-26615-8 (MANZ'sche Verlags- und Universitätsbuchhandlung GmbH, Wien)

9. Auflage 2026

© Nomos Verlagsgesellschaft, Baden-Baden 2026. Gesamtverantwortung für Druck und Herstellung bei der Nomos Verlagsgesellschaft mbH & Co. KG. Alle Rechte, auch die des Nachdrucks von Auszügen, der fotomechanischen Wiedergabe und der Übersetzung, vorbehalten.

Vorwort

Mit der vorliegenden 9. Auflage geht das Werk in das vierte Jahrzehnt seit dem Beginn der Kommentierungsarbeiten. Im Jahr 1993 hatten sich einige Autoren, die auf dem Gebiet des europäischen Sozialrechts aktiv waren, über die Notwendigkeit eines Kommentars zum (primär) europäischen Koordinierungsrecht in Form einer Loseblattausgabe verständigt. Das Grundwerk erschien im Jahr 1994 als „Nomos Kommentar zum Europäischen Sozialrecht“. Die zweite Ergänzungslieferung im Jahr 1999 hatte bereits einen sehr stattlichen Umfang erreicht. Nach der sichtbar gewordenen Akzeptanz des Werkes beschlossen Verlag und Autoren die Fortführung des Kommentars als gebundene Ausgabe. Sie erschien erstmals als 2. Auflage im August 2000 mit dem Titel „Europäisches Sozialrecht“ und dem Unterzeichneten als Herausgeber. Die Struktur des Autorenteam bildete ein Kreis aus Vertretern von Universitäten, der Europäischen Kommission, der Sozialgerichtsbarkeit sowie des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales, eine Zusammensetzung, die mit geringfügigen Änderungen bis zuletzt erhalten werden konnte. Das Werk konnte sich personeller Kontinuität erfreuen, von den Beteiligten der ersten Stunde sind bis heute fünf Autoren verblieben. Vakant gewordene Teile konnten rasch und reibungslos an neue ausgewiesene Expertinnen und Experten übergeben werden.

Die 9. Auflage erscheint vor dem Hintergrund einer stagnierenden Gesetzgebung im europäischen Sozialrecht. Seit Dezember 2016 liegt der Vorschlag der Kommission zur Reform der Koordinierungsverordnungen – von einer minimalen Korrektur abgesehen – unverändert bei den Akten. Auch Versuche, wenigstens Teilmaterien neu zu gestalten sind, sind bislang gescheitert. Die Rechtsliteratur ist davon nicht ganz unbeeinflusst geblieben, an zahlreichen bemerkenswerten Beiträgen fehlt es dennoch nicht. Der Gerichtshof der Europäischen Union erfüllt weiterhin die ihm zugedachte Rolle eines Motors der europäischen Rechtsordnung. Mehr als 60 Entscheidungen sind seit dem Erscheinen der letzten Auflage ergangen und in die Neuauflage eingeflossen.

In personeller Hinsicht haben wir das Ausscheiden von Rob Cornelissen und Franz Marhold zu vermelden, denen an dieser Stelle für ihre langjährige Mitarbeit zu danken ist. Neu hinzugekommen sind mit dieser Auflage Susanne Auer-Mayer, Inhaberin des Lehrstuhls für Österreichisches und Europäisches Arbeitsrecht und Sozialrecht, Wirtschaftsuniversität Wien, Claudia Maria Hofmann, Inhaberin des Lehrstuhls für Öffentliches Recht und Europäisches Sozialrecht mit Schwerpunkt in der interdisziplinären Sozialrechtsforschung, Europa-Universität Viadrina, Frankfurt (Oder) sowie Ricardo Petri, Richter am Sozialgericht Frankfurt (Oder).

Rechtsprechung und Literatur sind bis 30. April 2025 erfasst.

Regensburg/Speyer

Die Herausgeber
Maximilian Fuchs
Constanze Janda

Inhaltsverzeichnis

Vorwort	5
Bearbeiterverzeichnis	19
Abkürzungsverzeichnis	21
Einführung	27

Teil 1

Art. 18–21 AEUV – Die Unionsbürgerschaft;

Art. 45–48 AEUV – Die Freizügigkeit

Artikel 18 [Diskriminierungsverbot]	71
Artikel 19 [Antidiskriminierungsmaßnahmen]	71
Artikel 20 [Unionsbürgerschaft]	71
Artikel 21 [Freizügigkeit]	72
Artikel 45 [Freizügigkeit; Inhalt]	82
Artikel 46 [Freizügigkeit; Herstellung]	83
Artikel 47 [Austausch junger Arbeitskräfte]	83
Artikel 48 [Sicherstellung der Ansprüche und Leistungen auf dem Gebiet soziale Sicherheit]	83

Teil 2

Verordnung (EG) Nr. 883/2004 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 29.4.2004 zur Koordinierung der Systeme der sozialen Sicherheit

Titel I

Allgemeine Bestimmungen

Vorbemerkungen	106
Artikel 1 Definitionen	108
Artikel 2 Persönlicher Geltungsbereich	127
Artikel 3 Sachlicher Geltungsbereich	137
Artikel 4 Gleichbehandlung	165
Artikel 5 Gleichstellung von Leistungen, Einkünften, Sachverhalten oder Ereignissen	173
Artikel 6 Zusammenrechnung der Zeiten	184
Artikel 12 DVO Zusammenrechnung von Zeiten	184
Artikel 7 Aufhebung der Wohnortklauseln	191
Artikel 8 Verhältnis zwischen dieser Verordnung und anderen Koordinierungsregelungen	199
Artikel 9 Erklärungen der Mitgliedstaaten zum Geltungsbereich dieser Verordnung	205
Artikel 10 Verbot des Zusammentreffens von Leistungen	213
Artikel 10 DVO Verbot des Zusammentreffens von Leistungen	213

Titel II

Bestimmung des anwendbaren Rechts

Vorbemerkungen	217
----------------------	-----

Inhaltsverzeichnis

Artikel 11	Allgemeine Regelung	221
	Artikel 19 DVO Unterrichtung der betreffenden Personen und der Arbeitgeber	222
Artikel 12	Sonderregelung	234
	Artikel 14 DVO Nähere Vorschriften zu den Artikeln 12 und 13 der Grundverordnung	234
Artikel 13	Ausübung von Tätigkeiten in zwei oder mehr Mitgliedstaaten	246
	Artikel 16 DVO Verfahren bei der Anwendung von Artikel 13 der Grundverordnung	247
Artikel 14	Freiwillige Versicherung oder freiwillige Weiterversicherung	255
Artikel 15	Vertragsbedienstete der Europäischen Gemeinschaften	258
	Artikel 17 DVO Verfahren bei der Anwendung von Artikel 15 der Grundverordnung	258
Artikel 16	Ausnahmen von den Artikeln 11 bis 15	259
	Artikel 18 DVO Verfahren zur Durchführung von Artikel 16 der Grundverordnung	259
Titel III		
Besondere Bestimmungen über die verschiedenen Arten von Leistungen		
Kapitel 1		
Leistungen bei Krankheit sowie Leistungen bei Mutterschaft und gleichgestellte Leistungen bei Vaterschaft		
Abschnitt 1		
Versicherte und ihre Familienangehörigen mit Ausnahme von Rentnern und deren Familienangehörigen		
Vorbemerkungen		265
Artikel 17	Wohnort in einem anderen als dem zuständigen Mitgliedstaat	299
	Artikel 22 DVO Allgemeine Durchführungsvorschriften	300
Artikel 18	Aufenthalt in dem zuständigen Mitgliedstaat, wenn sich der Wohnort in einem anderen Mitgliedstaat befindet – Besondere Vorschriften für die Familienangehörigen von Grenzgängern	310
Artikel 19	Aufenthalt außerhalb des zuständigen Mitgliedstaats	313
	Artikel 25 DVO Aufenthalt in einem anderen als dem zuständigen Mitgliedstaat	314
Artikel 20	Reisen zur Inanspruchnahme von Sachleistungen	325
	Artikel 26 DVO Geplante Behandlungen	325
Artikel 21	Geldleistungen	340
	Artikel 27 DVO Geldleistungen wegen Arbeitsunfähigkeit bei Aufenthalt oder Wohnort in einem anderen als dem zuständigen Mitgliedstaat	341
Artikel 22	Rentantragsteller	352
Abschnitt 2		
Rentner und ihre Familienangehörigen		
Vorbemerkungen		356

Artikel 23	Sachleistungsanspruch nach den Rechtsvorschriften des Wohnmitgliedstaats	361
Artikel 24	Nichtvorliegen eines Sachleistungsanspruchs nach den Rechtsvorschriften des Wohnmitgliedstaats	365
Artikel 25	Renten nach den Rechtsvorschriften eines oder mehrerer anderer Mitgliedstaaten als dem Wohnmitgliedstaat, wenn ein Sachleistungsanspruch in diesem Mitgliedstaat besteht	368
Artikel 26	Familienangehörige, die in einem anderen Mitgliedstaat als dem Wohnmitgliedstaat des Rentners wohnen	370
Artikel 27	Aufenthalt des Rentners oder seiner Familienangehörigen in einem anderen Mitgliedstaat als ihrem Wohnmitgliedstaat – Aufenthalt im zuständigen Mitgliedstaat – Zulassung zu einer notwendigen Behandlung außerhalb des Wohnmitgliedstaats	371
Artikel 28	Besondere Vorschriften für Grenzgänger in Rente	374
Artikel 29 DVO	Anwendung von Artikel 28 der Grundverordnung	374
Artikel 29	Geldleistungen für Rentner	376
Artikel 30	Beiträge der Rentner	377
Artikel 30 DVO	Beiträge der Rentner	377
Abschnitt 3 Gemeinsame Vorschriften		
Artikel 31	Allgemeine Bestimmung	379
Artikel 32	Rangfolge der Sachleistungsansprüche – Besondere Vorschrift für den Leistungsanspruch von Familienangehörigen im Wohnmitgliedstaat	380
Artikel 33	Sachleistungen von erheblicher Bedeutung	382
Artikel 34	Zusammentreffen von Leistungen bei Pflegebedürftigkeit	384
Artikel 31 DVO	Anwendung von Artikel 34 der Grundverordnung	385
Artikel 35	Erstattungen zwischen Trägern	391
Kapitel 2 Leistungen bei Arbeitsunfällen und Berufskrankheiten		
Vorbemerkungen	399
Artikel 36	Anspruch auf Sach- und Geldleistungen	403
Artikel 33 DVO	Anspruch auf Sach- und Geldleistungen bei Wohnort oder Aufenthalt in einem anderen Mitgliedstaat als dem zuständigen Mitgliedstaat	404
Artikel 37	Transportkosten	417
Artikel 38	Leistungen bei Berufskrankheiten, wenn die betreffende Person in mehreren Mitgliedstaaten dem gleichen Risiko ausgesetzt war	417
Artikel 36 DVO	Verfahren bei einer in mehr als einem Mitgliedstaat ausgeübten Tätigkeit, die eine Berufskrankheit verursachen kann	417
Artikel 39	Verschlimmerung einer Berufskrankheit	420
Artikel 38 DVO	Verschlimmerung einer Berufskrankheit	421
Artikel 40	Regeln zur Berücksichtigung von Besonderheiten bestimmter Rechtsvorschriften	422

Artikel 39 DVO	Bemessung des Grades der Erwerbsminderung im Fall früherer oder späterer Arbeitsunfälle oder Berufskrankheiten	422
Artikel 41	Erstattungen zwischen Trägern	424
Kapitel 3 Sterbegeld		
Artikel 42	Anspruch auf Sterbegeld, wenn der Tod in einem anderen als dem zuständigen Mitgliedstaat eintritt oder wenn die berechtigte Person in einem anderen als dem zuständigen Mitgliedstaat wohnt	425
Artikel 42 DVO	Antrag auf Sterbegeld	426
Artikel 43	Gewährung von Leistungen bei Tod eines Rentners	427
Artikel 42 DVO	Antrag auf Sterbegeld	427
Kapitel 4 Leistungen bei Invalidität		
Vorbemerkungen	428
Artikel 44	Personen, für die ausschließlich Rechtsvorschriften des Typs A galten	431
Artikel 45	Besondere Vorschriften für die Zusammenrechnung von Zeiten	434
Artikel 46	Personen, für die entweder ausschließlich Rechtsvorschriften des Typs B oder sowohl Rechtsvorschriften des Typs A als auch des Typs B galten	435
Artikel 49 DVO	Bemessung des Grades der Invalidität	435
Artikel 47	Verschlimmerung des Invaliditätszustands	438
Artikel 48	Umwandlung von Leistungen bei Invalidität in Leistungen bei Alter	439
Artikel 49	Besondere Vorschriften für Beamte	444
Kapitel 5 Alters- und Hinterbliebenenrenten		
Vorbemerkungen	445
Artikel 50	Allgemeine Vorschriften	451
Artikel 45 DVO	Beantragung von Leistungen	452
Artikel 51	Besondere Vorschriften über die Zusammenrechnung von Zeiten	457
Artikel 53 DVO	Koordinierungsmaßnahmen in den Mitgliedstaaten	458
Artikel 52	Feststellung der Leistungen	461
Artikel 43 DVO	Ergänzende Vorschriften für die Berechnung der Leistungen	465
Artikel 53	Doppelleistungsbestimmungen	475
Artikel 54	Zusammentreffen von Leistungen gleicher Art	479
Artikel 55	Zusammentreffen von Leistungen unterschiedlicher Art	480
Artikel 56	Ergänzende Vorschriften für die Berechnung der Leistungen	483
Artikel 57	Versicherungs- oder Wohnzeiten von weniger als einem Jahr	485
Artikel 58	Gewährung einer Zulage	489
Artikel 59	Neuberechnung und Anpassung der Leistungen	490
Artikel 60	Besondere Vorschriften für Beamte	492
Kapitel 6 Leistungen bei Arbeitslosigkeit		
Vorbemerkungen zu den Artikeln 61 bis 65a	496

Artikel 61	Besondere Vorschriften für die Zusammenrechnung von Versicherungszeiten, Beschäftigungszeiten und Zeiten einer selbstständigen Erwerbstätigkeit	499
	Artikel 54 Abs. 1 DVO Zusammenrechnung der Zeiten und Berechnung der Leistungen	500
Artikel 62	Berechnung der Leistungen	506
	Artikel 54 Abs. 2, 3 DVO Zusammenrechnung der Zeiten und Berechnung der Leistungen	506
Artikel 63	Besondere Bestimmungen für die Aufhebung der Wohnortklauseln	512
Artikel 64	Arbeitslose, die sich in einen anderen Mitgliedstaat begeben	514
	Artikel 55 DVO Bedingungen und Grenzen für die Aufrechterhaltung des Leistungsanspruchs eines Arbeitslosen, der sich in einen anderen Mitgliedstaat begibt	515
Artikel 65	Arbeitslose, die in einem anderen als dem zuständigen Mitgliedstaat gewohnt haben	520
	Artikel 56 DVO Arbeitslose, die in einem anderen als dem zuständigen Mitgliedstaat gewohnt haben	521
Artikel 65a	Besondere Bestimmungen für vollarbeitslose selbstständig erwerbstätige Grenzgänger, sofern in dem Wohnmitgliedstaat für selbstständig Erwerbstätige kein System der Leistungen bei Arbeitslosigkeit besteht	529
Kapitel 7 Vorruhestandsleistungen		
Artikel 66	Leistungen	531
Kapitel 8 Familienleistungen		
Vorbemerkungen	534
Artikel 67	Familienangehörige, die in einem anderen Mitgliedstaat wohnen	539
	Artikel 60 DVO Verfahren bei der Anwendung von Artikel 67 und 68 der Grundverordnung	539
Artikel 68	Prioritätsregeln bei Zusammentreffen von Ansprüchen	545
	Artikel 58 DVO Prioritätsregeln bei Zusammentreffen von Ansprüchen	546
Artikel 68a	Gewährung von Leistungen	557
Artikel 69	Ergänzende Bestimmungen	560
	Artikel 61 DVO Verfahren bei der Anwendung von Artikel 69 der Grundverordnung	560
Kapitel 9 Besondere beitragsunabhängige Geldleistungen		
Artikel 70	Allgemeine Vorschrift	562
Titel IV Verwaltungskommission und beratender Ausschuss		
Artikel 71	Zusammensetzung und Arbeitsweise der Verwaltungskommission	578
Artikel 72	Aufgaben der Verwaltungskommission	579
Artikel 73	Fachausschuss für Datenverarbeitung	592
Artikel 74	Rechnungsausschuss	595
Artikel 74a	Europäische Arbeitsbehörde	599

Artikel 75	Beratender Ausschuss für die Koordinierung der Systeme der sozialen Sicherheit	602
------------	--	-----

Titel V

Verschiedene Bestimmungen

Vorbemerkungen	605	
Artikel 76	Zusammenarbeit	607
Artikel 2 DVO	Umfang und Modalitäten des Datenaustauschs zwischen den Trägern	608
Artikel 77	Schutz personenbezogener Daten	623
Artikel 3 DVO	Umfang und Modalitäten des Datenaustauschs zwischen den betroffenen Personen und den Trägern	624
Artikel 78	Elektronische Datenverarbeitung	626
Artikel 1 DVO	Begriffsbestimmungen	627
Artikel 79	Finanzierung von Maßnahmen im Bereich der sozialen Sicherheit	638
Artikel 80	Befreiungen	638
Artikel 81	Anträge, Erklärungen oder Rechtsbehelfe	639
Artikel 2 DVO	Umfang und Modalitäten des Datenaustauschs zwischen den Trägern	640
Artikel 82	Ärztliche Gutachten	644
Artikel 87 DVO	Ärztliche Gutachten und verwaltungsmäßige Kontrollen ..	644
Artikel 83	Anwendung von Rechtsvorschriften	649
Artikel 84	Einziehung von Beiträgen und Rückforderung von Leistungen	650
Artikel 71 DVO	Gemeinsame Bestimmungen	651
Artikel 85	Ansprüche der Träger	673
Artikel 86	Bilaterale Vereinbarungen	676

Titel VI

Übergangs- und Schlussbestimmungen

Vorbemerkungen	677	
Artikel 87	Übergangsbestimmungen	677
Artikel 87a	Übergangsvorschrift für die Anwendung der Verordnung (EU) Nr. 465/2012 ..	679
Artikel 3 DVO	Umfang und Modalitäten des Datenaustauschs zwischen den betroffenen Personen und den Trägern	679
Artikel 88	Aktualisierung der Anhänge	691
Artikel 92 DVO	Änderung der Anhänge	691
Artikel 89	Durchführungsverordnung	692
Artikel 90	Aufhebung	692
Artikel 91	Inkrafttreten	693
Artikel 96 DVO	Aufhebung	693
Sondervorschriften der DVO	695	
Artikel 6 DVO	Vorläufige Anwendung der Rechtsvorschriften eines Mitgliedstaats und vorläufige Gewährung von Leistungen	695
Artikel 90 DVO	Währungsumrechnung	701
Artikel 91 DVO	Statistiken	703

Anhang
Beschlüsse und Empfehlungen der Verwaltungskommission für die
Koordinierung der Systeme der sozialen Sicherheit

Empfehlung Nr. A1 vom 18. Oktober 2017	704
Beschluss Nr. E2 vom 3. März 2010	713
Beschluss Nr. E4 vom 13. März 2014	715
Beschluss Nr. E5 vom 16. März 2017	718
Beschluss Nr. E6 vom 19. Oktober 2017	721
Beschluss Nr. E7 vom 27. Juni 2019	724
Beschluss Nr. E8 vom 14. März 2024	727
Beschluss Nr. F1 vom 12. Juni 2009	730
Beschluss Nr. F2 vom 23. Juni 2015	732
Beschluss Nr. F3 vom 19. Dezember 2018	735
Beschluss Nr. H1 vom 12. Juni 2009	737
Empfehlung Nr. H1 vom 19. Juni 2013	742
Empfehlung Nr. H2 vom 10. Oktober 2018	745
Beschluss Nr. H3 vom 15. Oktober 2009	747
Beschluss Nr. H4 vom 22. Dezember 2009	749
Beschluss Nr. H5 vom 18. März 2010	753
Beschluss Nr. H6 vom 16. Dezember 2010	757
Beschluss Nr. H7 vom 25. Juni 2015	760
Beschluss Nr. H9 vom 17. Juni 2020	762
Beschluss Nr. H10 vom 21. Oktober 2020	764
Beschluss Nr. H11 vom 9. Dezember 2020	769
Beschluss Nr. H12 vom 19. Oktober 2021	770
Beschluss Nr. H13 vom 30. März 2022	772
Beschluss Nr. H14 vom 21. Juni 2023	776
Beschluss Nr. H15 vom 27. Juni 2024	805
Beschluss Nr. P1 vom 12. Juni 2009	809
Beschluss Nr. R1 vom 20. Juni 2013	811
Beschluss Nr. S1 vom 12. Juni 2009	813
Empfehlung Nr. S1 vom 15. März 2012	816
Beschluss Nr. S2 vom 12. Juni 2009	818
Empfehlung Nr. S2 vom 22. Oktober 2013	833
Beschluss Nr. S3 vom 12. Juni 2009	835
Beschluss Nr. S5 vom 2. Oktober 2009	837
Beschluss Nr. S6 vom 22. Dezember 2009	840
Beschluss Nr. S8 vom 15. Juni 2011	843
Beschluss Nr. S10 vom 19. Dezember 2013	845

Beschluss Nr. S11 vom 9. Dezember 2020	851
Beschluss Nr. U1 vom 12. Juni 2009	857
Empfehlung Nr. U1 vom 12. Juni 2009	859
Beschluss Nr. U2 vom 12. Juni 2009	861
Empfehlung Nr. U2 vom 12. Juni 2009	863
Beschluss Nr. U3 vom 12. Juni 2009	865
Beschluss Nr. U4 vom 13. Dezember 2011	867
Portable Documents	870

Teil 3

Verordnung (EU) Nr. 492/2011 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 5.4.2011 über die Freizügigkeit der Arbeitnehmer innerhalb der Union

Artikel 7 [Arbeitsrechtliche Gleichstellung]	891
--	-----

Teil 4

Richtlinie 2011/24/EU – Patientenrichtlinie

Vorbemerkung	901
--------------------	-----

Kapitel I

Allgemeine Bestimmungen

Artikel 1 Gegenstand und Anwendungsbereich	928
Artikel 2 Verhältnis zu anderen Unionsvorschriften	932
Artikel 3 Begriffsbestimmungen	935

Kapitel II

Zuständigkeiten der Mitgliedstaaten in Bezug auf die grenzüberschreitende Ge- sundheitsversorgung

Artikel 4 Zuständigkeiten des Behandlungsmitgliedstaats	939
Artikel 5 Zuständigkeiten des Versicherungsmitgliedstaats	944
Artikel 6 Nationale Kontaktstellen für die grenzüberschreitende Gesundheitsversorgung	945

Kapitel III

Erstattung von Kosten für grenzüberschreitende Gesundheitsversorgung

Vorbemerkungen zu Kapitel III	947
Artikel 7 Allgemeine Grundsätze für die Kostenerstattung	947
Artikel 8 Gesundheitsversorgung, die einer Vorabgenehmigung unterliegen kann	959
Artikel 9 Verwaltungsverfahren bezüglich der grenzüberschreitenden Gesundheitsversorgung	967

Kapitel IV

Zusammenarbeit bei der Gesundheitsversorgung

Artikel 10 Amtshilfe und Zusammenarbeit	968
Artikel 11 Anerkennung von in einem anderen Mitgliedstaat ausgestellten Verschreibungen	969
Artikel 12 Europäische Referenznetzwerke	972

Artikel 13	Seltene Krankheiten	974
Artikel 14	Elektronische Gesundheitsdienste	974
Artikel 15	Zusammenarbeit bei der Bewertung von Gesundheitstechnologien	975

Kapitel V

Durchführungs- und Schlussbestimmungen

Artikel 16	Ausschuss	977
Artikel 17	Ausübung der Befugnisübertragung	977
Artikel 18	Widerruf der Befugnisübertragung	977
Artikel 19	Einwände gegen delegierte Rechtsakte	978
Artikel 20	Berichte	978
Artikel 21	Umsetzung	979
Artikel 22	Inkrafttreten	979
Artikel 23	Adressaten	979

Teil 5

Richtlinie des Rates vom 19.12.1978 zur schrittweisen Verwirklichung des Grundsatzes der Gleichbehandlung von Männern und Frauen im Bereich der sozialen Sicherheit (79/7/EWG)

Vorbemerkungen	981
Artikel 1 [Ziele]	987
Artikel 2 [Persönlicher Anwendungsbereich]	987
Artikel 3 [Sachlicher Anwendungsbereich]	990
Artikel 4 [Inhalt des Gleichbehandlungsgrundsatzes]	996
Artikel 5 [Beseitigung diskriminierender Vorschriften]	1006
Artikel 6 [Gerichtlicher Rechtsschutz]	1006
Artikel 7 [Ausschlussbefugnis]	1007
Artikel 8 [Umsetzungsvorschriften]	1013
Artikel 9 [Kommissionsbericht]	1013
Artikel 10 [Adressaten]	1013

Teil 6

Richtlinie 2006/54/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 5.7.2006 zur Verwirklichung des Grundsatzes der Chancengleichheit und Gleichbehandlung von Männern und Frauen in Arbeits- und Beschäftigungsfragen (Neufassung)

Vorbemerkungen	1021
----------------------	------

Titel I

Allgemeine Bestimmungen

Artikel 1	Gegenstand	1024
Artikel 2	Begriffsbestimmungen	1024
Artikel 3	Positive Maßnahmen	1026

Titel II
Besondere Bestimmungen

Kapitel 1
Gleiches Entgelt

Artikel 4	Diskriminierungsverbot	1026
-----------	------------------------------	------

Kapitel 2

Gleichbehandlung in betrieblichen Systemen der sozialen Sicherheit

Artikel 5	Diskriminierungsverbot	1027
Artikel 6	Persönlicher Anwendungsbereich	1028
Artikel 7	Sachlicher Anwendungsbereich	1028
Artikel 8	Ausnahmen vom sachlichen Anwendungsbereich	1029
Artikel 9	Beispiele für Diskriminierung	1031
Artikel 10	Durchführung in Bezug auf Selbständige	1036
Artikel 11	Möglichkeit des Aufschubs in Bezug auf Selbständige	1036
Artikel 12	Rückwirkung	1037
Artikel 13	Flexibles Rentenalter	1041

Kapitel 3

Gleichbehandlung hinsichtlich des Zugangs zur Beschäftigung zur Berufsbildung
und zum beruflichen Aufstieg sowie in Bezug auf die Arbeitsbedingungen

Artikel 14	Diskriminierungsverbot	1041
Artikel 15	Rückkehr aus dem Mutterschaftsurlaub	1042
Artikel 16	Vaterschaftsurlaub und Adoptionsurlaub	1042

Titel III
Horizontale Bestimmungen

Kapitel 1
Rechtsmittel und Rechtsdurchsetzung

Abschnitt 1
Rechtsmittel

Artikel 17	Rechtsschutz	1042
Artikel 18	Schadenersatz oder Entschädigung	1043

Abschnitt 2
Beweislast

Artikel 19	Beweislast	1043
------------	------------------	------

Kapitel 2

Förderung der Gleichbehandlung – Dialog

Artikel 20	Stellen zur Förderung der Gleichbehandlung	1044
Artikel 21	Sozialer Dialog	1044
Artikel 22	Dialog mit Nichtregierungsorganisationen	1045

Kapitel 3

Allgemeine horizontale Bestimmungen

Artikel 23	Einhaltung	1045
Artikel 24	Viktimisierung	1045

Artikel 25	Sanktionen	1046
Artikel 26	Vorbeugung von Diskriminierung	1046
Artikel 27	Mindestanforderungen	1046
Artikel 28	Verhältnis zu gemeinschaftlichen und einzelstaatlichen Vorschriften	1046
Artikel 29	Durchgängige Berücksichtigung des Gleichstellungsaspekts	1047
Artikel 30	Verbreitung von Informationen	1047

Titel IV

Schlussbestimmungen

Artikel 31	Berichte	1047
Artikel 32	Überprüfung	1047
Artikel 33	Umsetzung	1047
Artikel 34	Aufhebung	1048
Artikel 35	Inkrafttreten	1048
Artikel 36	Adressaten	1048

Teil 7

**Richtlinie 2000/43/EG des Rates vom 29.6.2000 zur Anwendung
des Gleichbehandlungsgrundsatzes ohne Unterschied der Rasse
oder der ethnischen Herkunft**

Vorbemerkungen	1053
----------------------	------

Kapitel I

Allgemeine Bestimmungen

Artikel 1	Zweck	1055
Artikel 2	Der Begriff „Diskriminierung“	1056
Artikel 3	Geltungsbereich	1060
Artikel 4	Wesentliche und entscheidende berufliche Anforderungen	1061
Artikel 5	Positive Maßnahmen	1062
Artikel 6	Mindestanforderungen	1062

Kapitel II

Rechtsbehelfe und Rechtsdurchsetzung

Artikel 7	Rechtsschutz	1062
Artikel 8	Beweislast	1062
Artikel 9	Viktimisierung	1063
Artikel 10	Unterrichtung	1063
Artikel 11	Sozialer Dialog	1063
Artikel 12	Dialog mit Nichtregierungsorganisationen	1063

Kapitel III

Mit der Förderung der Gleichbehandlung befasste Stellen

Artikel 13	[Zuständige Stellen]	1064
------------	----------------------------	------

Kapitel IV

Schlussbestimmungen

Artikel 14	Einhaltung	1064
Artikel 15	Sanktionen	1064

Inhaltsverzeichnis

Artikel 16	Umsetzung	1065
Artikel 17	Bericht	1065
Artikel 18	Inkrafttreten	1065
Artikel 19	Adressaten	1065

Teil 8a

Richtlinie 98/49/EG des Rates vom 29.6.1998 zur Wahrung ergänzender Rentenansprüche von Arbeitnehmern und Selbständigen, die innerhalb der Europäischen Gemeinschaft zu- und abwandern	1066
---	------

Teil 8b

Richtlinie (EU) 2016/2341 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 14.12.2016 über die Tätigkeiten und die Beaufsichtigung von Einrichtungen der betrieblichen Altersversorgung (EbAV) (Neufassung)	1078
---	------

Teil 9

Das Sozialrecht in den Assoziierungsabkommen der EU	1141
--	------

Anhang

Brexit-Abkommen

Abkommen über den Austritt des Vereinigten Königreichs Großbritannien und Nordirland aus der Europäischen Union und der Europäischen Atomgemeinschaft	1161
---	------

Teil 10

Europäischer Rechtsschutz im Sozialrecht	1166
---	------

Stichwortverzeichnis	1221
----------------------------	------

Bearbeiterverzeichnis

Prof. Dr. Susanne Auer-Mayer: Art. 67–69 VO (EG) Nr. 883/2004

Prof. Dr. Karl-Jürgen Bieback: Art. 17–22, 31–35 VO (EG) Nr. 883/2004; RL 79/7/EWG; RL 2006/54/EG; RL 2000/43/EG; Patienten-RL 2011/24/EU

Prof. Dr. Klaus-Dieter Borchardt: Europäischer Rechtsschutz im Sozialrecht

Prof. Dr. Maximilian Fuchs: Einführung; Art. 18-21, 45–48 AEUV; Art. 3, 9, 36–43, 61–66, 70 VO (EG) Nr. 883/2004

Prof. Dr. Claudia Hofmann: Art. 18-21, 45–48 AEUV, Art. 70 VO (EG) Nr. 883/2004

Prof. Dr. Bettina Hummer: Art. 1, 4 VO (EG) Nr. 883/2004; RL 79/7/EWG; RL 2006/54/EG; RL 2000/43/EG; Sozialrecht in den Assoziierungsabkommen der EU

Prof. Dr. Constanze Janda: Art. 23–30, 44–60 VO (EG) Nr. 883/2004

Mathias Landeck und Thorsten Schwarz: Art. 78 VO (EG) Nr. 883/2004

Prof. Dr. Franz Marhold: Art. 67–69 VO (EG) Nr. 883/2004

Dr. Ricardo Petri: 36–43 VO (EG) Nr. 883/2004

Dr. Rolf Schuler: Art. 5–7, 10 VO (EG) Nr. 883/2004

Prof. Dr. Bernhard Spiegel: Art. 2, 76–77, 79–91 VO (EG) Nr. 883/2004 einschl. Durchführungsvorschriften der VO (EG) Nr. 987/2009 (DVO)

Prof. Dr. Heinz-Dietrich Steinmeyer: Art. 8, 11–16 VO (EG) Nr. 883/2004; Art. 7 VO (EU) Nr. 492/2011; RL 98/49/EG; RL 2016/2341/EU

Prof. Dr. Johanna Wolff: Art. 71–75 VO (EG) Nr. 883/2004

Einführung

Literaturübersicht

I. Monographische Darstellungen (bis 1999)

Departamento de Relações Internacionais e Convenções da Segurança Social (Hrsg.), Social Security in Europe. Equality between Nationals and Non-Nationals, 1995; *Egger*, Das Arbeits- und Sozialrecht der EG und die österreichische Rechtsordnung, 1998; *Eichenhofer*, Plädoyer für ein vereinfachtes europäisches koordinierendes Sozialrecht, Diskussionspapiere zu Staat und Wirtschaft, 4/1999, hrsg. v. Europäischen Zentrum für Staatswissenschaften und Staatspraxis; *Eichenhofer/Zuleeg* (Hrsg.), Die Rechtsprechung des Gerichtshofs der EG zum Arbeits- und Sozialrecht im Streit, 1995; *Europäisches Sozialrecht*, Schriftenreihe des Deutschen Sozialrechtsverbandes e. V. (SDSRV), Bd. 36, 1992; *Giesen*, Sozialversicherungsmonopol und EG-Vertrag, 1995; *ders.*, Die Vorgaben des EG-Vertrages für das Internationale Sozialrecht, 1999; *Guggenbühl/Leclerc*, Droit social européen, 1995; *Igl* (Hrsg.), Europäische Union und gesetzliche Krankenversicherung, 1999; *Kabil*, Europäisches Sozialrecht und Subsidiarität, 1996; *von Maydell/Schulte* (Hrsg.), Zukunftsperspektiven des europäischen Sozialrechts, 1995; *Pfeil* (Hrsg.), Soziale Sicherheit in Österreich und Europa, 1998; *Prétot*, Le droit social européen, 1993; *Robledo/Ramírez Martínez/Sala Franco*, Derecho social comunitario, 1991; *Rodière*, Droit social de l'Union Européenne, 1998; *Schoukens* (Hrsg.), Prospects of social security co-ordination, 1997; *Swedish National Social Insurance Board/European Commission* (Hrsg.), 25 Years of Regulation (EEC) No. 1408/71 on Social Security for Migrant Workers, 1997; *Van den Bogaert* (Hrsg.), Social Security, Non-Discrimination and Property, 1997.

II. Monographische Darstellungen (ab 2000)

Ascher, Sozialleistungen für Unionsbürger, 2017; *Bien*, Die Einflüsse des europäischen Kartellrechts auf das nationale Gesundheitswesen, 2004; *Boysen/Neukirchen*, Europäisches Beihilfenrecht und mitgliedstaatliche Daseinsvorsorge, 2007; *Braummüller*, Der Einfluß Europäischen Rechts auf das Sozialrecht, 2000; *Daxkobler*, Die grundfreiheitliche Rechtsprechung des EuGH. Direktes Steuerrecht und Sozial(versicherungs)recht, 2015; *Deutsche Rentenversicherung Bund*, Die Reform des Europäischen koordinierenden Sozialrechts. Von der VO (EWG) Nr. 1408/71 zur VO (EG) Nr. 883/2004, 2007; *Devetzi*, Die Kollisionsnormen des Europäischen Sozialrechts, 2000; *Eichenhofer* (Hrsg.), 50 Jahre nach ihrem Beginn – Neue Regeln für die Koordinierung sozialer Sicherheit, 2009; *ders.*, Sozialrecht der Europäischen Union, 8. Aufl. 2022; *Hanau/Steinmeyer/Wank*, Handbuch des europäischen Arbeits- und Sozialrechts, 2002; *Harich*, Das Sachleistungsprinzip in der Gemeinschaftsrechtsordnung, Zugleich ein Beitrag zur grenzüberschreitenden Inanspruchnahme medizinischer Leistungen in der EU, 2006; *Hatje/Huber* (Hrsg.), Unionsbürgerschaft und soziale Rechte, EuR Europarecht, Beiheft 1/2007; *Hauck/Noftz*, EU-Sozialrecht Kommentar, Loseblatt, Stand 13. EL. XI/23; *Höller*, Soziale Rechte Drittstaatsangehöriger nach europäischem Gemeinschaftsrecht, 2005; *Igl* (Hrsg.), Das Gesundheitswesen in der Wettbewerbsordnung, 2000; *Jorens/de Schuyter/Salamon*, Naar een rationalisatie van de EG-Coördinatieverordeningen inzake sociale zekerheid?, 2005; *Kabil-Wolff*, Droit social européen – Union européenne et pays associés, 2017; *Marhold* (Hrsg.), Das neue Sozialrecht der EU, 2005; *Mavridis*, La sécurité sociale à l'épreuve de l'intégration européenne, 2003; *Miranda Boto*, Las competencias de la Comunidad Europea en materia social, 2009; *Nogueira Guastavino/Fotinoupolou Basurko/Miranda Boto* (Hrsg.), Lecciones de derecho social de la Unión Europea, 2012; *Oetker/Preis*, Europäisches Arbeits- und Sozialrecht (EAS) Teil B Systematische Darstellungen, Loseblatt; *Pennings*, European Social Security Law, 7. Aufl. 2022; *Pennings/Vonk* (Hrsg.), Research Handbook on European Social Security Law, 2015; *Rodière*, Droit social de l'Union Européenne, 3. Aufl. 2008; *Rönsberg*, Die gemeinschaftsrechtliche Koordinierung von Leistungen bei Arbeitslosigkeit, 2006; *Runggaldier*, Grundzüge des europäischen Arbeitsrechts und des europäischen Sozialrechts, 2004; *Schlachter/Heinig* (Hrsg.), Europäisches Arbeits- und Sozialrecht. Enzyklopädie Europarecht, Bd. 7, 2. Aufl. 2021; *Schrammel/Winkler*, Europäisches Arbeits- und Sozialrecht, 2010; *Schreiber/Wunder/Dern*, VO (EG) Nr. 883/2004, Kommentar, 2012; *Shaw* (Hrsg.), Social Law and Policy in an Evolving European Union, 2000; *Sormani-Bastian*, Vergaberecht und Sozialrecht, 2006; *Spiegel* (Hrsg.), Zwischenstaatliches Sozialversicherungsrecht, Kommentar, Loseblatt; *Steinmeyer*, Wettbewerbsrecht im Gesundheitswesen, 2000; *Tomandl* (Hrsg.), Der Einfluß europäischen Rechts auf das Sozialrecht, 2000; *Usinger-Egger*, Die soziale Sicherheit der Arbeitslosen in der VO (EWG) Nr. 1408/71 und in den bilateralen Abkommen zwischen der Schweiz und ihren Nachbarstaaten, 2000; *Valdés Dal-Ré/Zufiaur Narvaiza*, Hacia un mercado europeo de empleo, 2006; *Verschueren* (Hrsg.), Residence, Employment and Social Rights of Mobile Persons, 2016; *Watson*, EU Social and Employment Law, 2009.

III. Aufsätze in Zeitschriften und Büchern

Axer, Sozialrechtsspezifische Grundrechte, in *Schlachter/Heinig* (Hrsg.), Europäisches Arbeits- und Sozialrecht, 2021, § 3; *Becker*, Stationäre und ambulante Krankenhausleistungen im grenzüberschreitenden Dienstleistungsverkehr – von Entgrenzungen und neuen Grenzen in der EU, NZS 2005, 449 ff.; *ders.*, EU-Beihilfenrecht und soziale Dienstleistungen, NZS 2007, 169 ff.; *ders.*, Migration und soziale Rechte, ZESAR 2017, 101 ff.;

Berchtold/Reichel, Zur Vererbung von Leistungsansprüchen aus der gesetzlichen Rentenversicherung in Fällen der Rechtsnachfolge mit Auslandsbezug, NZS 2016, 285 ff.; *Behrend*, Soziale Rechte entsandter Arbeitnehmer aus den EU-Mitgliedstaaten, ZESAR 2012, 55 ff.; *Bernhardt*, Doppelte Regulierung im Leistungsbeschaffungsrecht der GKV?, Die gesetzlichen Krankenkassen zwischen Wettbewerbs- und Vergaberecht nach dem GKV-WVG 2007, ZESAR 2008, 128 ff.; *Beschorner*, Krankenbehandlung in einem anderen Mitgliedstaat der Europäischen Union, Ausgewählte Rechtsprechung des Europäischen Gerichtshofs zu den gemeinschaftlichen Rechtsgrundlagen, ZESAR 2006, 47 ff.; *ders.*, Die beitragsunabhängigen Geldleistungen i. S.v. Art. 4 Abs. 2a VO (EWG) Nr. 1408/71 in der Rechtsprechung des EuGH, ZESAR 2009, 320 ff.; *ders.*, Die Geltung der VO (EWG) Nr. 1408/71 für das Pflegeversicherungssystem einer föderalen Einheit unter Ausschluss von Personen aus anderen Teilen des Staatsgebiets, ZfSH/SGB 2011, 61 ff.; *Bieback*, Neue Rechtsprechung des EuGH zur grenzüberschreitenden Beanspruchung von Gesundheitsleistungen, ZESAR 2006, 241 ff.; *ders.*, Anwendung deutschen Rechts beim Anspruch auf Krankenversicherungsleistungen bei vorübergehenden Deutschlandaufenthalt des Beziehers einer deutschen Rente, ZESAR 2006, 85 ff.; *ders.*, Abgrenzung der grenzüberschreitenden Nachfrage nach Gesundheitsleistungen auf Grund der Patienten- Richtlinie und auf Grund der VO (EG) Nr. 883/2004, ZESAR 2013, 143 ff.; *ders.*, Europäisches Wirtschaftsrecht und das Verhältnis Sozialleistungsträger – Sozialleistungserbringer, ZESAR 2019, 263 ff.; *Bloch/Pruns*, Ausschreibungspflichten bei der Leistungserbringung in der GKV, ZESAR 2007, 645 ff.; *Bokeloh*, Die Übergangsregelungen in den Verordnungen (EG) Nr. 883/04 und 987/09, ZESAR 2011, 18 ff.; *ders.*, Das Petroni-Prinzip des Europäischen Gerichtshofs, ZESAR 2012, 121 ff.; *ders.*, Die Gleichbehandlung der Staatsangehörigen in der Europäischen Sozialrechtskoordination, ZESAR 2013, 398 ff.; *ders.*, Grenzüberschreitende Sachverhalte im deutschen Sozialversicherungsrecht – Sozialversicherungsabkommen und EU-Recht, SGB 2013, 453 ff. (Teil 1), SGB 2013, 506 ff. (Teil 2); *ders.*, Die soziale Sicherung der Grenzgänger, ZESAR 2014, 168 ff.; *ders.*, Die Rechtsstellung der Selbstständigen im koordinierenden Europäischen Sozialrecht, ZESAR 2015, 156 ff.; *ders.*, Die zwischen den Mitgliedstaaten abgeschlossenen Sozialversicherungsabkommen und ihr Verhältnis zum koordinierenden Europäischen Sozialrecht, NZS 2015, 321 ff.; *ders.*, Die Rechtsstellung Drittstaatsangehöriger im Europäischen Sozialrecht, ZESAR 2016, 69 ff.; *ders.*, Der Europäische Gerichtshof und die Koordinierung der Familienleistungen, ZESAR 2016, 358 ff.; *ders.*, Unterschiedliche Geschwindigkeiten bei der Koordinierung der Sozialsysteme?, ZESAR 2019, 59 ff.; *ders.*, Beschäftigungsversicherung und Einwohnerversicherung in der Koordination der Alterssicherung unter EU-Staaten, ZESAR 2022, 111 ff.; *Borzaga*, La libera circolazione dei lavoratori autonomi e le questioni previdenziali, in Nogler (Hrsg.), *Le attività autonome*, Trattato di diritto privato dell'Unione europea, Bd. VI, 2006, S. 125 ff.; *Brecht-Heitzmann/Martínez Girón/Arufe Varela*, Schutz vor Diskriminierung für weibliche Hausangestellte, ZESAR 2023, 59 ff.; *Bruzelius/Seeleib-Kaiser*, European citizenship and social rights in Kennett/Lendvai (eds), *A Handbook of European Social Policy*, 2017, S. 155 ff.; *Buschermöhle*, Grenzüberschreitende Beschäftigung in der EU – Koordinierung der Systeme der sozialen Sicherheit ab 1.5.2010, DStR 2010, 1845 ff.; *Cornelissen/De Wispelaere*, Chapter 7. Sixty Years of European Social Security: Achievements, Controversies and Challenges in Vanhanhercke/ VaGhaliani/Spasova (eds), *Social Policy in the European Union 1999–2019*, European Trade Union Institute, S.143 ff.; *Costamagna/Giubboni*, Free Movement of Persons and Transnational Solidarity. The Legacy of Market Citizenship, RDSS 2021, 1 ff.; *Danner*, Zukunftsversion oder Markt der Illusionen? – Praxis grenzüberschreitender Inanspruchnahme von Krankenhausleistungen in verschiedenen EU-Mitgliedstaaten, ZESAR 2004, 408 ff.; *Devetzi*, Auswirkungen der Wohnsitzverlegung auf den sozialrechtlichen Leistungsexport in Europa, ZESAR 2009, 63 ff.; *dies.*, Das Europäische koordinierende Sozialrecht auf der Basis der VO (EG) 883/2004, SDRV 2010, 117 ff.; *dies.*, Soziale Sicherheit der Wanderarbeitnehmer, ZESAR 2016, 130 ff.; *Driguez*, Posting of Workers: when the ideal of cooperation between national institutions prevails over the fight against fraud: CRPNPAC and VUELING, CMLR 2021, 929 ff.; *Edler*, Die Kollisionsnormen der VO 1408/71 für Selbständige, ZESAR 2003, 156 ff.; *Eichenhofer*, EuGH in Sachen Öztürk: Etüde über Ungleichzeitigkeiten der Rechtsentwicklung im Europäischen koordinierenden Sozialrecht, ZESAR 2005, 164 ff.; *ders.*, Überformung des deutsch-türkischen Abkommens über soziale Sicherheit durch das Assoziationsrecht EG-Türkei, ZESAR 2006, 5 ff.; *ders.*, Neue Koordination sozialer Sicherheit (VO (EG) Nrn. 883/2004, 987/2009), SGB 2010, 185 ff.; *ders.*, Der deutsche Sozialstaat und Europa, ZESAR 2011, 455 ff.; *ders.*, Veränderungen in der EU-Koordinierung der sozialen Sicherheit 2012, ZESAR 2013, 439 ff.; *ders.*, Neuregelung der Ausfuhr von Renten an Drittstaatsangehörige, SGB 2013, 613 ff.; *ders.*, Europäische Einflüsse auf die Alterssicherung, ZESAR 2014, 203 ff.; *ders.*, Europäische Arbeitslosenversicherung, ZESAR 2015, 259 ff.; *ders.*, Europäische oder mitgliedstaatliche Koordination sozialer Sicherheit, ZESAR 2016, 253 ff.; *ders.*, Die EU schafft transnationale soziale Rechte, EuR 2023,42 ff.; *ders.*, Grundfragen und Grundlagen Europäischer Koordination soziale Sicherheit (Teil I) ZESAR 2024, 363 ff., (Teil II) ZESAR 2024,419 ff.; *Farabat*, Rechtsunsicherheiten beim Zugang zur Gesundheitsversorgung von Migranten, ZESAR 2014, 269 ff.; *Frenz*, Krankenkassen im Wettbewerbs- und Vergaberecht, NZS 2007, 233; *Fuchs*, Luxemburg locuta – causa finita – quaestio non soluta, NZS 2002, 337 ff.; *ders.*, Koordinierung oder Harmonisierung des europäischen Sozialrechts?, ZIAS 2003, 379 ff.; *ders.*, Das neue Recht der Auslandskrankenbehandlung, NZS 2004, 225 ff.; *ders.*, Die Konformität des Unfallversicherungs-

nopols mit dem Gemeinschaftsrecht, SGB 2005, 65 ff.; *ders.*, Deutsche Grundsicherung und europäisches Koordinationsrecht, NZS 2007, 1 ff.; *ders.*, Unfallversicherungsmonopol und EG-Vertrag – Eine Erwiderung auf Giesen, ZESAR 2009, 365 ff.; *ders.*, EU-Koordinationsrecht der Leistungen bei Arbeitslosigkeit, in Gagel (Hrsg.), SGB II/SGB III Grundsicherung/Arbeitsförderung; *ders.*, VO (EG) 883/2004, in Knickrehm/Roßbach/Waltermann (Hrsg.), Kommentar zum Sozialrecht, 8. Aufl. 2023; *ders.*, Die Rechtsprechung des Gerichtshofs der Europäischen Union zum Sozialrecht 2013–2020, NZS 2014, 121 ff.; NZS 2015, 121 ff.; NZS 2016, 161 ff.; NZS 2017, 81 ff.; NZS 2018, 81 ff.; NZS 2019, 81 ff.; NZS 2020, 161 ff.; NZS 2021, 121 ff.; *ders.*, Die Koordinierung der Leistungen bei Arbeitslosigkeit, ZESAR 2013, 343 ff.; *ders.*, Der koordinationsrechtliche Ausschlussarbeitsbestand der medizinischen Fürsorge Eine Analyse im Anschluss an ein Urteil des Schweizer Bundesgerichts, NZS 2013, 401 ff.; *ders.*, Freizügiger Sozialtourismus?, ZESAR 2014, 103 ff.; *ders.*, Arbeitnehmerfreizügigkeit und Sozialleistungen, ZESAR 2015, 95 ff.; *ders.*, Licht und Schatten des europäischen Entsenderechts, ZESAR 2019, 105 ff.; *ders.*, Supranationales Sozialversicherungsrecht, in: Fuchs/Preis/Brose (Hrsg.), Sozialversicherungsrecht und SGB II, 3. Aufl. 2021, § 73; *Fuchs/Horn*, Die europarechtliche Dimension des deutschen Arbeitsförderungsrechts (Art. 87 – Art. 89 EG), in Gagel (Hrsg.), SGB II/SGB III Grundsicherung/Arbeitsförderung, Loseblatt; *Gagel*, Freizügigkeit der Arbeitnehmer – Das gegenwärtige koordinierende Sozialrecht bei Arbeitslosigkeit, in Ebsen (Hrsg.), Europarechtliche Gestaltungsvorgaben für das deutsche Sozialrecht, 2000, S. 119 ff.; *Gasser*, Aufgaben des Gemeinsamen EWR-Ausschusses unter besonderer Betrachtung der Europäischen Sozialrechtskoordinierung, ZESAR 2012, 362 ff.; *Gassner*, Kartellrechtliche Re-Regulierung des GKV-Leistungsmarkts, NZS 2007, 281 ff.; *Geddes/Hadj-Abdou*, An unstable equilibrium: Freedom of movement and the welfare state in the European Union in Freeman/Mirilovic (eds), Handbook on Migration and Social Policy, 2016, S. 222 ff.; *Giesen*, Wettbewerbsrecht, Vergaberecht und soziale Dienste, in Linzbach/Lübking/Scholz/Schulte (Hrsg.), Die Zukunft der sozialen Dienste vor der Europäischen Herausforderung, 2005; *ders.*, Unfallversicherungsmonopol und EG-Vertrag, ZESAR 2009, 311 ff.; *ders.*, Arbeitsmarktpolitische Aktivierungsmaßnahmen und EU-Sozialrechtskoordinierung, ZESAR 2015, 193 ff.; *Giubboni*, Free Movement of Persons and European Solidarity, European Law Journal 13, Nr. 3, 2007, 360 ff.; *ders.*, La sicurezza sociale dei lavoratori che si spostano all'interno dell'Unione europea, in Sciarra/Caruso, Il lavoro subordinato, Trattato di diritto privato dell'Unione europea, Bd. V, 2009, S. 585 ff.; *Golyner*, EU coordination of social security from the point of view of EU integration theory, European Journal of Social Security, 2020, 110 ff.; *Goodarzi*, Öffentliche Ausschreibungen im Gesundheitswesen, NZS 2007, 632 ff.; *Greiser*, Europarechtliche Spielräume des Gesetzgebers bei der Verhinderung sozialleistungsmotivierter Wanderbewegungen, ZESAR 2014, 18 ff.; *Greiser/Kador*, Ansprüche eines „krisengeschädigten“, arbeitslosen Wanderarbeitnehmers, ZfSH/SGB 2011, 507 ff.; *Hänlein/Kruse*, Einflüsse des Europäischen Wettbewerbsrechts auf die Leistungserbringung in der gesetzlichen Krankenversicherung, NZS 2000, 165 ff.; *Hailbronner*, Union citizenship and access to social benefits, CMLR 42 (2005), 1245 ff.; *Hantel*, Der Schutz arbeitsrechtlicher Mindeststandards bei einem grenzüberschreitenden Arbeitnehmereinsatz innerhalb der EU, ZESAR 2014, 261 ff. (Teil 1), ZESAR 2014, 313 ff. (Teil 2); *Hauschild*, Europäische Neuregelung für die Zusammenrechnung von Versicherungszeiten, DRV 2011, 117 ff.; *Hedemann-Robinson*, An Overview of Recent Legal Developments at Community Level in Relation to Third Country Nationals Resident within the European Union, with Particular Reference to the Case Law of the European Court of Justice, CMLRev, 2001 (38), 525 ff.; *Heinert/Wendtland*, Die Pflichtversicherung in der GKV nach § 5 Abs 1 Nr 13 SGB V im gemeinschaftlichen Kontext, ZESAR 2015, 414 ff.; *Hofmann*, NZS-Jahresrevue 2021: Die Rechtsprechung des Gerichtshofs der Europäischen Union zum Sozialrecht, NZS 2022, 253 ff.; NZS-Jahresrevue 2022, NZS 2023, 321 ff.; NZS-Jahresrevue 2023, NZS 2024, 281 ff.; NZS-Jahresrevue 2024, NZS 2025 im Erscheinen; *Hofmann/Kummer*, Sozialleistungen im europäischen Mehrebenensystem, ZESAR 2013, 199 ff.; *Hofmann/Spiecker*, Grenzüberschreitende Solidarität? Europäische Gesundheitspolitik im Wandel, in Döhmman (Hrsg.), Solidarität im Gesundheitswesen – Strukturprinzip, Handlungsmaxime, Motor für Zusammenhalt?, Berlin 2022, S. 165-175; *Horn*, Die Kollisionsnormen der VO (EWG) 1408/71 und die Rechtsprechung des EuGH, ZIAS 2002, 120 ff.; *ders.*, Anm. zu EuGH 26.1.2006 (Entsendung im Binnenmarkt), ZESAR 2006, 225 ff.; *ders.*, Das Übergangsrecht nach den VO (EG) Nr. 883/2004 und 987/2009, SGB 2012, 70 ff.; *Husmann*, Sozialrechtliche Aspekte der Arbeitslosigkeit aus Sicht des Europarechts, ZSR 2001, 159 ff.; *ders.*, Das Diskriminierungsverbot des Art. 7 Abs. 2 VO 1612/68, ZfSH/SGB 2010, 87 ff.; *ders.*, Zur Exportierbarkeit von Leistungen nach dem deutschen Unterhaltsvorschussgesetz im Lichte der VO 883/2004/EG, NZS 2013, 121 ff.; *ders.*, Der Eigentumsschutz sozialer Rechte im europäischen Unionsrecht, ZESAR 2018, 407 ff.; *Imhof*, Das Freizügigkeitsabkommen EG-Schweiz und seine Auslegungsmethode, ZESAR 2007, 155 ff. (Teil 1), 217 ff. (Teil 2); *Janda*, Soziale Sicherung für Migranten unter besonderer Berücksichtigung der Unionsbürgerschaft, KritV 2011, 275 ff.; *dies.*, Der Export von Leistungen der Verhinderungspflege nach § 39 SGB XI, ZESAR 2016, 307 ff.; *dies.*, Steuerfinanzierte Sozialleistungen für Unionsbürger: Wer prüft das Aufenthaltsrecht? ZESAR 2022, 407 ff.; *dies.*, Das Sozialrecht in der Rechtsprechung des Europäischen Gerichtshofs, in: JbSozR 2022, 491; 2023, 523; 2024, 507; 2025 im Erscheinen *Kaczorowska*, A Review of the Creation by the European Court of Justice of the Right to Effective and Speedy Medical Treatment and its Outcomes, European Law Journal 12, Nr. 3, 2006, S. 345–370; *Kaerding*, Europäisches Wettbe-

werksrecht und gemeinsame europäische Werte in der Gesundheitsversorgung, ZESAR 2016, 259 ff.; *Karl*, Die Auswirkungen des freien Waren- und Dienstleistungsverkehrs auf die Kostenerstattung, DRdA 2002, 15 ff.; *Kessler*, Soziale Sicherheit der Wanderarbeitnehmer/Allgemeiner Sozialbeitrag, ZESAR 2008, 308 ff.; *Kingreen*, Ein neuer rechtlicher Rahmen für einen Binnenmarkt für Gesundheitsleistungen, NZS 2005, 505 ff.; *ders.*, Die grenzüberschreitende Inanspruchnahme und Erbringung von medizinischen Rehabilitationsleistungen, ZESAR 2006, 210 ff.; *ders.*, Das Sozialvergaberecht, SGB 2008, 437 ff.; *ders.*, Der Vorschlag der europäischen Kommission für eine Patienten-Richtlinie, ZESAR 2009, 109 ff.; *ders.*, Staatsangehörigkeit als Differenzierungskriterium im Sozialleistungsrecht, SGB 2013, 132 ff.; *Klein*, Regelungen zur Entsendung im europäischen Arbeits- und Sozialrecht im Vergleich, ZESAR 2015, 272 ff.; *Klöck*, Die Anwendbarkeit des Vergaberechts auf Beschaffungen durch die gesetzlichen Krankenkassen, NZS 2008, 178 ff.; *Klopstock/Knickrehm*, Armutswanderung innerhalb Europas, die (Arbeitnehmer-)Freizügigkeit und das Sozialrecht im Europäischen Kontext, ZfA 2016, 483 ff.; *Knispel*, EG – Wettbewerbswidrige Festbetragsfestsetzungen und Arzneimittelrichtlinien?, NZS 2000, 379 ff.; *Koenig/Busch*, Vergabe- und haushaltsrechtliche Koordinaten der Hilfsmittelbeschaffung durch Krankenkassen, NZS 2003, 461 ff.; *Koenig/Engelmann*, Das Festbetrags-Urteil des EuGH: Endlich Klarheit über den gemeinschaftsrechtlichen Unternehmensbegriff im Bereich der Sozialversicherung?, EuZW 2004, 682 ff.; *Koenig/Schreiber*, Diskriminierungsfreier Marktzutritt und beschränkungsfreie Marktteilnahme – Zum Einfluss des EG-Rechts auf die Ausgestaltung der Marktteilnahme von Leistungserbringern anderer Mitgliedstaaten am deutschen Sachleistungssystem, ZESAR 2009, 119 ff.; *Koenig/Schreiber/Klahn*, Die Kostenträger der gesetzlichen Krankenversicherung als öffentliche Auftraggeber im Sinne des europäischen Vergaberechts, ZESAR 2008, 5 ff.; *Krebbler*, Soziale Rechte in der Gemeinschaftsrechtsordnung, RdA, 2009, 224 ff.; *Kretschmer*, Art. 67 – 71a EWG-VO 1408/71, in Niesel (Hrsg.), Sozialgesetzbuch SGB III Arbeitsförderung, 4. Aufl. 2007, Anhang A; *Lach*, Widerruf der A 1-Bescheinigung: Verfahren und Folgen-wie ist die Lücke in der Durchführungsverordnung zu schließen?, ZESAR 2023, 158 ff.; *Lenze*, Koordinationsrechtliche Probleme bei Pflegebedürftigkeit – aus deutscher Sicht, ZESAR 2008, 89 ff.; *Leopold*, Die Vermeidung und Abwicklung fehlerhafter Einbeziehungen in mehr als ein mitgliedstaatliches System sozialer Sicherheit, ZESAR 2014, 209 ff.; *ders.*, Das koordinierende Sozialrecht nach dem „Brexit“ – ein Überblick, ZESAR 2021, 329 ff.; *Linneweber*, Aktuelle Entwicklungen im Europäischen Arbeitsrecht, ZESAR 2012, 461 ff. (2011/2012), ZESAR 2013, 442 ff. (2012/2013), ZESAR 2015, 464 ff. (2014/2015); *Lorf*, Unterliegen die gesetzlichen Krankenversicherungsleistungen der EU-Ausschreibungspflicht?, ZESAR 2007, 104 ff.; *Maltrousky*, Berufskrankheitenrecht in Europa, ZESAR 2016, 201 ff.; *Mangold*, Sozial- und arbeitsrechtliche Relevanz der Unionsbürgerschaft, in Schlachter/Heinig (Hrsg.), Europäisches Arbeits- und Sozialrecht, 2. Aufl. 2021, § 4; *Merz/Gutzler*, Das Sozialrecht auf dem Weg von den römischen Verträgen zum Lissabon-Vertrag, SGB 2011, 65 ff.; *Möller*, Die Unternehmenseigenschaft deutscher Sozialversicherungsträger in der Rechtsprechung des Europäischen Gerichtshofes, ZESAR 2006, 210 ff.; *Mutschler*, Die Geltung des Freizügigkeitsprinzip bei Leistungen an Arbeitslose, SGB 2000, 110 ff.; *Obermaier*, The National Judiciary – Sword of European Court of Justice Rulings: The Example of the Kohll/Decker Jurisprudence, European Law Journal 14, Nr. 6, 2008, 735 ff.; *Oppermann*, Alterssicherung im Spannungsfeld von europäischer und nationaler Rentenpolitik, ZESAR 2016, 64 ff.; *Reinhard*, Beitragsunabhängige Leistungen bei Arbeitsunfähigkeit an junge Menschen im Vereinigten Königreich, ZESAR 2012, 92 ff.; *ders.*, Get Brexit done! Folgen für die Koordinierung der sozialen Sicherheit, ZIAS 2020, 85 ff.; *Rennuy*, Shopping for social security law in the EU, CMLR 2021, 929 ff.; *Resch*, Vordienstzeitenanrechnung und Arbeitnehmerfreizügigkeit, ZESAR 2014, 155 ff.; *Roßbach/Skouron*, Wohnortbegründung nach Art. 11 VO (EG) Nr. 987/2009 in der Auslegung nationaler Gerichte und des Europäischen Gerichtshofes, ZESAR 2022, 267 ff.; *Sander*, Europäische Gesundheitspolitik und nationale Gesundheitswesen, VSSR 2005, 447 ff.; *Schäffer*, Die Anwendung des europäischen Vergaberechts auf sozialrechtliche Dienstleistungserbringungsverträge, ZESAR 2009, 374 ff.; *Schiffner*, Residenten im EU-Ausland, Zur Reichweite des Kostenerstattungsanspruchs bei der Inanspruchnahme von Gesundheitsleistungen, ZESAR 2006, 304 ff.; *Schlegel*, Internationales Arbeitsförderungsrecht, in Spellbrink/Eicher (Hrsg.), Kasseler Handbuch des Arbeitsförderungsrechts, 2003, §§ 36, 37; *ders.*, Gesetzliche Krankenversicherung im Europäischen Kontext – ein Überblick, SGB 2007, 700 ff.; *Schneider*, Internationale Dimensionen der Arbeitsförderung, ZESAR 2014, 409 ff.; *Schreiber*, Grenzüberschreitende Inanspruchnahme von Krankenhausleistungen aus der Sicht des BMGS, ZESAR 2004, 413 ff.; *Schreiber*, Europäische Sozialrechtskoordinierung und Arbeitslosengeld II-Anspruch, NZS 2012, 647 ff.; *ders.*, Bereichsspezifische Begrenzung des sozialen Gehalts der Unionsbürgerschaft oder „Rückkehr zum Marktbürger“, NZS 2016, 847 ff.; *Schubmacher*, Die externe Dimension der EU – Stellung der Drittstaatsangehörigen in der Sozialen Sicherheit, ZESAR 2011, 368 ff.; *Schulte*, Warenverkehrsfreiheit und Dienstleistungsfreiheit im gemeinsamen Markt: Auswirkungen auf das deutsche Gesundheitswesen, in: Arbeit und Sozialpolitik, 2001, S. 36 ff.; *ders.*, 50 Jahre Römische Verträge – 50 Jahre Europäisches Sozialrecht, ZFSH/SGB 2007, 259 ff. (Teil 1), ZFSH/SGB 2007, 323 ff. (Teil 2); *ders.*, Allgemeine Regeln des internationalen Sozialrechts – Supranationales Recht, in von Maydell/Ruland/Becker (Hrsg.), Sozialrechtshandbuch (SRH), 4. Aufl. 2008 § 33; *ders.*, Die neue europäische Sozialrechtskoordinierung, ZESAR 2010, 143 ff. (Teil 1), ZESAR 2010, 202 ff. (Teil 2); *ders.*, Politik der Aktivierung, Recht auf Teilhabe und das „EU-Recht auf Jobsuche im Aus-

land“ – Herausforderung für das Europäische Koordinierungsrecht, ZESAR 2014, 58 ff. (Teil 1), ZESAR 2014, 112 ff. (Teil 2); *Schulz-Weidner*, Die Patientenmobilität – von „Kohl/Decker“ zum Welthandel mit Gesundheitsleistungen, ZESAR 2015, 319 ff. (Teil 1), ZESAR 2015, 367 ff. (Teil 2); *Seiwert*, Keine Union ohne Koordination, ZESAR 2019, 3 ff.; *Sokolowski*, Der Unionsbürger als Empfänger des Alg II, ZESAR 2015, 477 ff.; *Spiegel*, Die neue europäische Sozialrechtskoordinierung, ZIAS, 2006, 85 ff.; *ders.*, trESS-Arbeiten betreffend die Koordination von Pflegeleistungen, ZESAR 2013, 209 ff.; *ders.*, Brexit – ein Thriller (auch für die soziale Sicherheit), in: Festschrift für Maximilian Fuchs, 2020, 685 ff.; *ders.*, Der Brexit und die Auswirkungen auf die Koordination der Systeme der sozialen Sicherheit, ZAS 2021, 179 ff.; *ders.*, in *Spiegel* (Hrsg.), Zwischenstaatliches Sozialversicherungsrecht, Vereinigtes Königreich (Austrittsabkommen und Abkommen über Handel und Zusammenarbeit), Lieferung 94–96; *Schweigler/Stegner*, Die Abschaffung der Rentenkürzung für Drittstaatsangehörige mit Auslandswohnsitz, ZESAR 2015, 10 ff.; *Stahlberg*, Neue Europäische Koordinierung sozialer Sicherheit – VO (EG) Nr. 883/2004, ASR 2010, 153 ff.; *Stiebert*, Probleme des unterschiedlichen Kollisionsrechts in der Rom-I-VO und in der VO 883/2004/EG insbesondere bei Entgeltfortzahlung im Krankheitsfall, ZESAR 2015, 328 ff.; *Thüsing/Hütter*, Kindergeld und Europarecht – Welcher Handlungsspielraum besteht?, NZS 2016, 411 ff.; *Thym*, Sozialleistungen für und Aufenthalt von nichterwerbstätigen Unionsbürgern, NZS 2014, 81 ff.; *Tiedemann*, Das neue europäische Recht zur Koordinierung der Systeme der sozialen Sicherheit, ZfSH/SGB 2010, 220 ff.; *ders.*, Die Entsendung von Drittstaatsangehörigen in der EU – Regelungen zur Bestimmung des anwendbaren Sozialversicherungsrechts, ZfSH/SGB 2010, 408 ff.; *ders.*, Die Regelungen der Patientenrechte-Richtlinie zur grenzüberschreitenden Inanspruchnahme von Gesundheitsdienstleistungen in der EU, ZfSH/SGB 2011, 462 ff.; *Vießmann*, Zuständigkeiten der Mitgliedstaaten gemäß Verordnung (EG) Nr. 883/2004 im Fall der Vollarbeitslosigkeit de lege lata – neuere Entwicklungen, ZESAR 2015, 149 ff. (Teil 1), ZESAR 2015, 199 ff. (Teil 2); *ders.*, Charaktertest für das EU-Koordinierungsrecht – Der „zu viel“ leistende Mitgliedstaat, NZS 2015, 687 ff.; *Vießmann/Merkel*, Die europarechtliche Koordinierung von Familienleistungen nach der Verordnung (EG) Nr. 883/2004, NZS 2012, 572 ff.; *Voigt*, Die Reform des koordinierenden europäischen Sozialrechts, ZESAR 2004, 73 ff. (Teil 1), ZESAR 2004, 121 ff. (Teil 2); *Wallrabenstein*, Die Gleichheit der Freiheit, ZESAR 2016, 349 ff.; *dies.*, Koordinierungssozialrecht – Grundprinzipien und allgemeine Prinzipien, in: Schlachter/Heinig (Hrsg.), Europäisches Arbeits- und Sozialrecht, 2016, § 22; *dies.*, Migrationsphänomene im sozialrechtlichen Kontext, ZESAR 2018, 357 ff.; *Wendtland*, Der sozialrechtliche Begriff des gewöhnlichen Aufenthalts im gemeinschaftsrechtlichen Kontext, ZESAR 2013, 435 ff.; *ders.*, Unionrechtskonforme Auslegung der Vorschriften zum Export von Kranken- und Pflegeversicherungsleistungen, ZESAR 2023, 65 ff.; *Weyd*, Anm. zu EuGH 11.6.2009 (Krankenkassen als öffentliche Auftraggeber), ZESAR 2009, 395 ff.; *Wunder*, Berücksichtigung von Solidarität und Umverteilung in der Rechtsprechung des EuGH bei grenzüberschreitender Krankenbehandlung, ZESAR 2006, 58 ff.; *dies.*, Die Anknüpfung von Entgeltpunkten Ost an den gewöhnlichen Aufenthalt bei FRG-Zeiten, SGB 2014, 313 ff.

IV. Werke zur europäischen Sozialpolitik

Buchs, New Governance in European Social Policy: The Open Method of Coordination, 2007; *Eichhorst*, Europäische Sozialpolitik zwischen nationaler Autonomie und Marktfreiheit, 2000; *Fernández*, General Theory of Corporatism: A historical pattern of European social policy, 2009; *Ferrara*, Rotta di collisione. Euro contro welfare?, 2016; *Gesellschaft für Versicherungswissenschaft und -gestaltung* (Hrsg.), Offene Methode der Koordinierung im Gesundheitswesen, Schriftenreihe der GVG, Bd. 44, 2003; *dies.*, EU-Gesundheitspolitik im nichtharmonisierten Bereich, Bd. 64, 2010; *Hantrais*, Social Policy in the European Union, 2007; *Kleinman*, A European Welfare State?: European Union Social Policy in Context, 2001; *Leiber*, Europäische Sozialpolitik und nationale Sozialpartnerschaft, 2005; *Pennings/Vonk* (Hrsg.), Research Handbook on European Social Security Law, 2015; *Ribhegge*, Europäische Wirtschafts- und Sozialpolitik, 2007; *Saraceno*, Families, Ageing And Social Policy: Intergenerational Solidarity in European Welfare States, 2008; *Schieren*, Europäische Sozialpolitik, 2012; *Schubert/Hegelich/Bazant*, Handbuch Europäische Wohlfahrtssysteme: Ein Handbuch, 2007; *Thalacker*, Ein Sozialmodell für Europa? Die EU-Sozialpolitik und das Europäische Sozialmodell im Kontext der EU-Erweiterung, 2006; *Vahlpahl*, Europäische Sozialpolitik. Institutionalisierung, Leitideen und Organisationsprinzipien, 2007; *Verband Deutscher Rentenversicherungsträger* (Hrsg.), Offene Methode der Koordinierung im Bereich der Alterssicherung – Quo vadis?, DRV-Schriften Bd. 47, 2003.

I. Europäisches Sozialrecht – eine Begriffs-

bestimmung	1
1. Europäisches Sozialrecht im weiteren Sinne	1
2. Europäisches Sozialrecht im engeren Sinne	4

II. Die Entwicklung des Europäischen Sozial-

rechts	7
1. Das sozialpolitische Konzept der Römischen Verträge	7
2. Entstehung und Entwicklung der Sozialrechtskoordinierung	12

a) Die VO (EWG) Nr. 3 und 4 über die soziale Sicherheit der Wanderarbeitnehmer	12	2. Die Relevanz des AEUV für die Gestaltung der nationalen Sozialleistungssysteme	73
b) Die VO (EWG) Nr. 1408/71 und Nr. 574/72	16	a) Die Regelungszuständigkeit der Mitgliedstaaten für die soziale Sicherheit	73
c) Fortentwicklung der VO (EWG) Nr. 1408/71	19	b) Die Regelungszuständigkeit der EU auf dem Gebiet der sozialen Sicherheit	74
3. Die Gleichbehandlung von Arbeitnehmern hinsichtlich sozialer Vergünstigungen Art. 7 Abs. 2 VO (EU) Nr. 492/2011	20	3. Die Relevanz des EU-Wettbewerbsrechts	77
4. Das Antidiskriminierungsrecht	23	a) Kartell- und Missbrauchsverbot	77
5. EU-rechtliche Förderung von Ansprüchen aus komplementären Sicherungssystemen	28	b) Beihilfen	81
III. Die rechtlichen Grundlagen des Koordinierungsrechts	31	c) Vergaberecht	82
1. Koordinierendes Sozialrecht – Anliegen und Zweck	31	4. Grundfreiheiten	86
2. Die VO (EG) Nr. 883/2004 und VO (EG) Nr. 987/2009	34	a) Waren und Dienstleistungen	88
a) Entstehungsgeschichte	34	b) Sozialversicherungszwang (Sozialversicherungsmonopol) und Dienstleistungsfreiheit	94
b) Persönlicher Anwendungsbereich ..	42	5. Die Unionsbürgerschaft	101
c) Sachlicher Anwendungsbereich	45	V. Reformvorschlag der Kommission	103
d) Räumlicher Geltungsbereich	48	1. Anliegen der Reform	103
e) Zeitlicher Geltungsbereich	51	2. Inhalte des Vorschlags	104
f) Grenzüberschreitendes Element	53a	a) Zugang zu Sozialleistungen für nichterwerbstätige Bürgerinnen und Bürger	105
3. Aufgaben und Grundprinzipien der Sozialrechtskoordinierung	54	b) Leistungen bei Pflegebedürftigkeit	107
a) Bestimmung eines einheitlichen Sozialrechtsstatuts	55	c) Leistungen bei Arbeitslosigkeit	108
b) Das Verbot der sozialrechtlichen Diskriminierung von EU-Ausländern	60	aa) Zusammenrechnung von Versicherungs-/Beschäftigungszeiten	109
c) Prinzip der Zusammenrechnung von Versicherungszeiten (Totalisierung)	63	bb) Export von Leistungen bei Arbeitslosigkeit	110
d) Sachverhaltsgleichstellung (Äquivalenzgrundsatz)	66	cc) Leistungen bei Arbeitslosigkeit für Grenzgänger und andere grenzüberschreitend erwerbstätige Personen	111
e) Prinzip des Leistungsexports	67	d) Familienleistungen	113
IV. Die Bedeutung des AEUV für das Sozialrecht	69	e) Technische Änderungen	116
1. Die Relevanz des AEUV für das Koordinierungsrecht und das nationale Sozialrecht	69	3. Ungewissheit der Reform	117

I. Europäisches Sozialrecht – eine Begriffsbestimmung

1. Europäisches Sozialrecht im weiteren Sinne

- 1 Denkbar ist es, Sozialrecht und damit auch Europäisches Sozialrecht in einem materiellen, umfassenden Sinne zu verstehen. In seiner einfachsten Formulierung könnte man Sozialrecht als verrechtlichte Sozialpolitik definieren.¹ Jede Norm, die Umsetzung eines sozialpolitischen Gedankens oder einer sozialpolitischen Konzeption ist, ist Sozialrecht. Europäisches Sozialrecht wäre demnach legislative Verwirklichung **europäischer Sozialpolitik**. Als Bezugsrahmen können dabei die Vorschriften der EU dienen, die einen genuin sozialpolitischen Charakter haben. Dies wären vor allem die Bestimmungen von Titel XI (Art. 151–166 AEUV) sowie weitere, an unterschiedlichen Stellen des EG angesiedelte sozialpolitische Normen und Normenkomplexe. Ferner gehören hierher die Regelungen über die Freizügigkeit der Arbeitskräfte (Art. 45 ff. AEUV).

1 Vgl. Bley/Kreikebohm/Marschner SozR A. II. Rn. 27: Sozialrecht ist „zur Norm verfestigte“ staatliche Sozialpolitik.

Diese Auffassung von Sozialrecht liegt vor allem der sozialpolitischen Literatur zugrunde.² Dieser Sozialrechtsbegriff prägt auch die zahlreichen Werke, die sich in der einen oder anderen Weise mit der „**sozialen Dimension**“ der europäischen Integration beschäftigen haben.³

In der französischen Literatur ist ein Begriff des Europäischen Sozialrechts vorherrschend, der die Bereiche des Rechts der Koordinierung der sozialen Sicherheit und des **Arbeitsrechts** erfasst.⁴ Auch spanische Autoren folgen dieser Betrachtungsweise.⁵

2. Europäisches Sozialrecht im engeren Sinne

Der Begriff des Sozialrechts im weiteren Sinne mag für Betrachtungen, die wesentlich sozialpolitisch geleitet sind, die adäquate Methode zur Bestimmung des Gegenstandes sein. Im Rahmen dieses Kommentars muss jedoch ein anderer Sozialrechtsbegriff zugrunde gelegt werden, der enger gefasst ist. Mit dem umfassenderen Sozialrechtsbegriff teilt er ein institutionelles Element. Europäisches Sozialrecht sollen nur diejenigen **Normen** sein, die von **der EU** gesetzt wurden. Anders als ein umfassend verstandenes Sozialrecht soll das hier behandelte Europäische Sozialrecht auf jene Normenkomplexe der sozialen Sicherheit beschränkt werden, die Ausfluss der Freizügigkeit der Unionsbürger sind. Ausgeklammert bleibt also auch das Europäische Arbeitsrecht. Einem so verstandenen Europäischen Sozialrecht kommt eine Definition nahe, die unter Europäischem Sozialrecht den Inbegriff aller von der EU geschaffenen Normen versteht, die auf das Sozialrecht der Mitgliedstaaten gestaltend Einfluss nehmen.⁶

Mit dieser begrifflichen Festlegung ist nicht der Anspruch erhoben, dass damit das gesamte Recht erfasst wird, das auch das Attribut Europäisches Sozialrecht verdienen würde. Unter diesem Aspekt wäre insbesondere an die Einbeziehung sozialrechtlicher Normsetzung durch den Europarat zu denken.⁷ Europäisches Sozialrecht wären ebenfalls die Vielzahl und Gesamtheit sämtlicher Abkommen auf dem Gebiete des Sozialrechts, die zwischen verschiedenen Mitgliedstaaten geschlossen wurden. Wenn diese Bereiche ausgeklammert werden, ist dies nicht im Sinne einer Rangordnung von wichtig und unwichtig zu sehen. Vielmehr erfolgt die Beschränkung auf ein Europäisches Sozialrecht im engeren Sinne aufgrund der **Zielsetzung des Kommentars**. Er will sich einreihen in jene zahlreichen anderen, ebenso akademischen wie praktischen Bemühungen, jenen Teilbereich sozialrechtlicher Normsetzung zu erfassen, der durch primäres und sekundäres Unionsrecht geprägt ist, wobei dieses Sozialrecht wesentlich von dem Motiv der Realisierung der Freizügigkeit der EU-Bürger geleitet wird. Man hat deshalb in diesem Zusammenhang auch den Begriff des freizügigkeitsspezifischen Sozialrechts geprägt.⁸ Aufgrund neuerer Entwicklungen, nicht zuletzt der Rspr. des EuGH, muss die Beschränkung auf das Sozialrecht wirtschaftlich aktiver Gruppen aufgegeben werden. Auch nicht ökonomisch motivierte grenzüberschreitende Aktivitäten von Unionsbürgern können Gegenstand des Europäischen Sozialrechts sein.

Der Gegenstand des im Rahmen dieses Kommentars behandelten Europäischen Sozialrechts ist demnach wie folgt zu bestimmen:

- das Recht der Koordinierung der sozialen Sicherheit im Sinne des Art. 48 AEUV,
- das aufgrund von Art. 45 AEUV auf dem Gebiete des Sozialrechts zu beachtende Diskriminierungsverbot und seine besondere Ausprägung in der Freizügigkeitsverordnung (EWG) Nr. 492/2011,
- die Gleichbehandlungsrichtlinien RL 2000/43/EG, RL 2000/78/EG und RL 2006/54/EG, soweit sie das Sozialrecht betreffen.

2 Vgl. etwa Hervey, European Social Law and Policy, 1998.

3 Vgl. etwa Kuhn, Die soziale Dimension der Europäischen Gemeinschaft, 1995.

4 Vgl. Lyon-Caen/Lyon-Caen Droit social international, 8. Aufl. 1993; Rodiere Droit social de l'Union Européenne, 4. Aufl. 2014.

5 Vgl. Miranda Boto Las competencias de la Comunidad Europea en materia social 2009.

6 So Eichenhofer EU-SozR Rn. 5.

7 Vgl. dazu Blanpain (Hrsg.), The Council of Europe and the Social Challenges of the XXI Century 2001.

8 Schuler IntSozR BRD S. 274 ff.

II. Die Entwicklung des Europäischen Sozialrechts

1. Das sozialpolitische Konzept der Römischen Verträge

- 7 Das geltende Europäische Sozialrecht ist das Ergebnis einer Entwicklung, deren Weichen mit dem Abschluss der Römischen Verträge 1957 gestellt wurden.⁹ Über die Rolle der Sozialpolitik und damit auch des Sozialrechts gab es in den Vorverhandlungen erhebliche Meinungsunterschiede. Die Gegensätze kamen insbesondere in unterschiedlichen Positionen zwischen der deutschen und der französischen Delegation zu Ausdruck. Die französischen Verhandlungsführer sahen in einer sozialen **Harmonisierung** eine der entscheidenden Voraussetzungen für die Errichtung des Gemeinsamen Marktes, da nur auf diesem Wege gleiche Chancen für den Wettbewerb innerhalb der Gemeinschaft bestünden, wenn durch Angleichung sozialpolitischer Regelungen in den einzelnen Mitgliedstaaten eine gleichmäßige Belastung der Unternehmen gewährleistet sei. Frankreich fürchtete insbesondere im Hinblick auf seine Gesetzgebung, die gleiche Bezahlung für Mann und Frau und außerdem Ansprüche auf Urlaub und Überstundenzahlungen vorsah, die weit großzügiger waren als in anderen Ländern, dass die französischen Produkte dadurch Wettbewerbsnachteile hätten. Demgegenüber vertrat die deutsche Delegation die Auffassung, dass Sozialleistungen nicht als (vom Gesetzgeber geschaffene) künstliche, sondern als natürliche, standortbedingte Kosten anzusehen seien, die keinerlei Wettbewerbsverfälschung zur Folge hätten und deswegen auch nicht im Wege einer Harmonisierung angeglichen werden müssten.¹⁰
- 8 Der deutsche Standpunkt lag auf der Linie des unter der Federführung von Ohlin erstatteten Berichts von ILO-Experten.¹¹ Der Bericht sprach sich unter Berufung auf die Theorie der komparativen Kosten gegen eine Harmonisierung der Sozialpolitik aus. Der Unterschied im Lohnniveau entspräche unterschiedlichen Produktivitätsniveaus und Wechselkursen, die das allgemeine Preis- und Produktivitätsniveau widerspiegeln. Diese würden den Vorteil von Niedriglohnstaaten ausgleichen.¹² Von diesen Gedanken war auch der für den Abschluss der Römischen Verträge richtungweisende Spaak-Bericht geleitet.¹³ Der Spaak-Bericht sah in der Errichtung eines europäischen Arbeitsmarktes eine wesentliche Verwirklichung des Gemeinsamen Marktes.¹⁴ Deshalb musste im Sinne einer effizienten Ressourcenallokation der **Freizügigkeit der Arbeitnehmer** hohe Priorität eingeräumt werden. Erwartet wurde ein Fluss des Arbeitskräftepotenzials aus Ländern mit niedrigen Löhnen in solche mit höheren Löhnen, sodass sich die Grenzproduktivität der Arbeit innerhalb des Wirtschaftsraums ausgleicht. Nicht dirigistische Eingriffe, sondern die weitestgehende Ermöglichung der Mobilität des Produktionsfaktors Arbeit war deshalb das wesentliche Ziel der Freizügigkeitsregeln.¹⁵
- 9 Vor diesem Hintergrund erklärt sich auch die Fassung des EWGV mit seiner deutlichen Zurückhaltung in Fragen der **Sozialpolitik**. Ein Autor hat zu Recht geäußert:¹⁶ „die in den EWG-Vertrag als politischer Kompromiss aufgenommenen Sozialvorschriften weisen im Gegensatz zur wirtschaftlichen Integrationspolitik eine außerordentlich heteronome Natur auf und sind dürftig, wenn nicht sogar unzulänglich ausgefallen“. Eine Ausnahme bildeten nur die Vorschriften der Art. 157 und 158 AEUV über den Grundsatz des gleichen Entgelts für Männer und Frauen sowie die Gleichwertigkeit bezahlten Urlaubs. In diesem Punkt hat sich die französische Seite mit ihren

9 Eine knappe, aber instruktive Darstellung der Entwicklungsgeschichte des Europäischen Sozialrechts findet sich bei Eichenhofer EU-SozR Rn. 9 ff.

10 Vgl. Fuchs/Marhold/Friedrich EurArbR S. 8.

11 Vgl. dazu Barnard EU Employment Law S. 5 ff.

12 Nielsen/Szysczak The Social Dimension of the European Community, 2. Aufl. 1997, S. 17 f.

13 Vgl. Spaak (Hrsg.), Bericht der Delegationsleiter an die Außenminister: Regierungsausschuss, eingesetzt von der Konferenz von Messina, 1956.

14 Vgl. dazu O'Leary, Free Movement of Persons and Services, in Craig/De Búrca Evolution EU Law, 2. Aufl. 2011, S. 503.

15 Oppermann/Classen/Nettesheim EuropaR § 27 Rn. 1.

16 Pompe Leistungen der sozialen Sicherheit bei Alter und Invalidität für Arbeitnehmer nach Europäischem Gemeinschaftsrecht, 1986, S. 29.

Forderungen durchgesetzt, die aus der Befürchtung resultierten, die in Frankreich vergleichsweise hohen Soziallasten würden zu einer Wettbewerbsverfälschung führen.¹⁷

Im Gegensatz zu diesem weichen Sozialrecht (soft law) finden wir den einzig wirklich regulierten Bereich gemeinschaftsrechtlicher Sozialgesetzgebung, naheliegender Weise möchte man hinzufügen, in den Vorschriften über die Freizügigkeit der Arbeitnehmer (Art. 45 ff. AEUV). Walter Hallstein, der erste Präsident der Kommission, hat dazu geschrieben:¹⁸

„Es ist kein Zufall, dass das einzige ausgearbeitete (und nicht bloß programmierte) Stück der Sozialpolitik, die Freizügigkeit der Arbeitnehmer, sich im ‚Grundlagen‘-Teil des Vertrages findet, dort wo die ‚Vier Freiheiten‘ behandelt werden ... Die Wettbewerbsgleichheit der Unternehmen in der Gemeinschaft spielt dabei eine große Rolle. So ist auch die vertragliche Behandlung der Freizügigkeit unter dem Gesichtspunkt der Faktormobilität nur natürlich.“

Herausragende Bestimmung in diesem Zusammenhang war Art. 51 EWGV (jetzt Art. 48 AEUV). In ihm wird der Rat verpflichtet, auf dem Gebiet der **sozialen Sicherheit** für die Herstellung der Freizügigkeit der Arbeitnehmer die notwendigen Maßnahmen zu treffen. Ergänzt wurde diese Regelung durch die Grundsatzbestimmung des Art. 48 EWGV (jetzt Art. 45 AEUV), wonach das Recht der Freizügigkeit der Arbeitnehmer die Abschaffung jeder auf der Staatsangehörigkeit beruhenden unterschiedlichen Behandlung der Arbeitnehmer der Mitgliedstaaten in Bezug auf Beschäftigung, Entlohnung und sonstige Arbeitsbedingungen einschließt.

2. Entstehung und Entwicklung der Sozialrechtskoordinierung

a) Die VO (EWG) Nr. 3 und 4 über die soziale Sicherheit der Wanderarbeitnehmer

Art. 69 § 4 des Vertrages über die Gründung der **Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl** vom 18.4.1951¹⁹ verpflichtete die Mitgliedstaaten, jede Diskriminierung bei der Entlohnung und den Arbeitsbedingungen zwischen inländischen und eingewanderten Arbeitern zu verbieten, unbeschadet besonderer Maßnahmen für die Grenzgänger; insbesondere haben sie untereinander alle etwa noch erforderlichen Vereinbarungen anzustreben, um zu erreichen, dass die Bestimmung über die Sozialversicherung den Wechsel der Arbeitsplätze nicht behindert. Art. 69 § 5 des Vertrages über die Montanunion sah es als Aufgabe der Hohen Behörde an, für die Umsetzung dieser Verpflichtung der Mitgliedstaaten allgemeine Hinweise zu geben und deren Arbeit zu erleichtern. In Umsetzung dieses Auftrags schlug die Hohe Behörde vor, und die Mitgliedstaaten folgten diesem Vorschlag Anfang 1954, ein Abkommen über die soziale Sicherheit zu schließen, das die bestehenden Abkommen soweit wie möglich ersetzen und koordinieren, Lücken und Mängel der früheren Verträge beseitigen und Beziehungen zwischen Mitgliedsländern, die noch keine zweiseitigen Abkommen miteinander geschlossen hatten, unmittelbar regeln soll.²⁰

Ein Sachverständigenausschuss erarbeitete mit Unterstützung des Internationalen Arbeitsamtes ein **Europäisches Abkommen über die soziale Sicherheit der Wanderarbeitnehmer**, das am 9.12.1957 von den beteiligten Regierungen in Rom unterzeichnet wurde. Da Art. 51 EWGV (jetzt Art. 48 AEUV) im Rahmen der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft den gleichen Auftrag zur Koordinierung der sozialen Sicherheit erteilte wie zuvor Art. 69 § 4 des Vertrages über die Montanunion, schlug die Kommission der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft Anfang 1958 vor, das Europäische Abkommen über die soziale Sicherheit der Wanderarbeitnehmer in eine Verordnung des Rates in Anwendung des Art. 51 EWGV umzuwandeln.²¹

17 Vgl. Fuchs/Marhold/Friedrich EurArbR S. 7 ff.

18 Vgl. Hallstein Europ. Gemeinschaft S. 170.

19 BGBl. 1952 II 447.

20 Von Borries BARbBl. 1958, 117.

21 Van Raepenbusch La sécurité sociale des personnes qui circulent à l'intérieur de la Communauté Economique Européenne, 1991, S. 104.

- 14 Der Rat folgte diesem Vorschlag und verabschiedete eine geringfügig geänderte Fassung des Europäischen Abkommens als VO (EWG) Nr. 3 über die **soziale Sicherheit der Wanderarbeitnehmer**.²² In der Begründung wird darauf hingewiesen, dass das genannte Abkommen den Zielen des Art. 51 EWGV entspricht und daher seine Bestimmungen vorbehaltlich der erforderlichen Anpassungen in eine Verordnung aufgenommen werden können. Gleichzeitig erklärte die Hohe Behörde, dass die neue Verordnung an die Stelle der bisherigen Regelungen zu Art. 69 § 4 des Vertrages über die Montanunion treten könnte. Nur wenig später wurde die VO (EWG) Nr. 4 zur Durchführung und Ergänzung der VO (EWG) Nr. 3 über die Soziale Sicherheit der Wanderarbeitnehmer vom Rat der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft verabschiedet.²³ Ausweislich der Begründung dieser Verordnung sollte diese dazu dienen, die Anwendung der in der VO (EWG) Nr. 3 festgelegten Grundsätze in der Praxis zu erleichtern, insbesondere die in jedem Staat zuständigen Träger zu bezeichnen, die zum Empfang der Leistung von dem Berechtigten vorzulegenden Schriftstücke und zu erfüllenden Formalitäten zu bestimmen sowie die verwaltungsmäßige und ärztliche Kontrolle im Einzelnen zu regeln.
- 15 Die VO (EWG) Nr. 3 schuf einen Kanon von sozialrechtlichen Koordinierungsregeln und legte damit den Grundstein für eine moderne **Sozialrechtskoordination**, deren wesentliche Inhalte bis auf den heutigen Tag erhalten geblieben sind.²⁴ Wie schon die Bezeichnung Wanderarbeitnehmer zum Ausdruck bringt, sollte die VO (EWG) Nr. 3 in persönlicher Hinsicht nur für Arbeitnehmer und ihnen gleichgestellte Personengruppen gelten. Der öffentliche Dienst und weitere Arbeitnehmergruppen waren ausgeschlossen. In sachlicher Hinsicht folgte die VO (EWG) Nr. 3 einem weiten Begriff der sozialen Sicherheit, schloss aber öffentliche Fürsorge und Kriegsopferversorgungssysteme sowie Systeme der sozialen Sicherheit für Beamte ausdrücklich vom Anwendungsbereich aus. Die Verordnung enthielt ein Gleichbehandlungsgebot hinsichtlich der Staatsangehörigen der Mitgliedstaaten. Besonders bedeutsam war die Eröffnung der Möglichkeit des Exports von Sozialleistungen von einem Mitgliedstaat in einen anderen. Dass die VO (EWG) Nr. 3 aus dem Europäischen Abkommen hervorgegangen ist, zeigt sich deutlich an deren Art. 5 bis 7.²⁵ Danach führte die VO (EWG) Nr. 3 nicht zu einer vollständigen Ablösung bisheriger bi- und multilateraler Sozialversicherungsabkommen. Vielmehr konnten solche unter bestimmten Voraussetzungen weiter fortbestehen und neue abgeschlossen werden.

b) Die VO (EWG) Nr. 1408/71 und Nr. 574/72

- 16 Die VO (EWG) Nr. 3 ist in der Folgezeit vielfach geändert worden. Trotz zahlreicher Beschlüsse der Verwaltungskommission und wichtiger Urteile des EuGH wurde die Notwendigkeit einer **grundlegenden Revision** immer sichtbarer. Spätestens seit dem Jahre 1963 wurde die Aufgabe einer Revision in Angriff genommen, die die Kommission der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft, die Verwaltungskommission für die soziale Sicherheit der Wanderarbeitnehmer, das Europäische Parlament, den Wirtschafts- und Sozialausschuss und schließlich als zuständiges Legislativorgan den Rat der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft beschäftigte.²⁶
- 17 Am Ende der Bemühungen stand die VO (EWG) Nr. 1408/71 des Rates vom 14.6.1971 zur Anwendung der Systeme der sozialen Sicherheit auf Arbeitnehmer und deren Familien, die innerhalb der Gemeinschaft zu- und abwandern²⁷ sowie die VO (EWG) Nr. 574/72 des Rates vom 21.3.1972 über die Durchführung der VO (EWG) Nr. 1408/71. Beide Verordnungen traten am 1.10.1972 in Kraft und lösten die VO (EWG) Nr. 3 und 4 ab.

22 ABl. 1958 561, 58.

23 ABl. 1958 597, 58.

24 Zu einer kurzen Zusammenfassung des Inhalts der VO (EWG) Nr. 3 s. Oetker/Preis EAS/Eichenhofer B 1200 Rn. 47.

25 Vgl. dazu auch van Raepenbusch *La sécurité sociale des personnes qui circulent à l'intérieur de la Communauté Economique Européenne*, 1991, S. 104.

26 Zu Einzelheiten der Revisionsarbeiten s. Pompe *Leistungen der sozialen Sicherheit bei Alter und Invalidität für Arbeitnehmer nach Europäischem Gemeinschaftsrecht*, 1986, S. 44 ff.

27 ABl. 1971 L 149.

Stichwortverzeichnis

Die **fetten** Zahlen verweisen auf den Paragraphen, die mageren auf die Randnummer.

- Abgeleiteter Anspruch 2 2 19
Abkommen über den Europäischen Wirtschaftsraum (EWR) 9 3
Abkommen über Handel und Zusammenarbeit **Einf.** 41; 2 **Vor** 11–16 19, 11 38
Abkommen über soziale Sicherheit 2 1 26, 8 1 ff.
– Petroni-Prinzip 2 8 13
– Verhältnis zur VO 2 8 7 ff.
Ableitung 2 1 16
Alleinige Leistungszuständigkeit 2 44 5
Allgemeine Ausrichtung **Einf.** 117; 2 **Vor** 61 10
Allgemeininteresse, zwingende Gründe **Einf.** 97; 1 45–48 27
Alter 2 1 40
– Leistungen bei 2 3 16
Altersgrenzen
– Arbeitsrecht 2 48 14
– Diskriminierungsrecht 2 48 14
– für Männer und Frauen 2 48 3
– stufenweise Anhebung 2 48 4
– unterschiedliche 2 48 2
Altersmindesteinkommen, garantiertes 2 59 5
Altersrente 2 3 26
Altersruhegeld 2 3 26
Alterssicherung
– für Landwirte 2 51 9
– Schichtenmodell 2 **Vor** 50 3
Ambulante Krankenbehandlung **Einf.** 92; 2 1 38, 36 22
Amtshaftungsansprüche 2 83 2
Amtshilfe 2 76 8
– kostenfrei 2 76 11
– Kostentragung 2 84 45
Amtssprache 2 76 31
– Patienten-RL 4 4 15
Anerkennung 2 2 16
Anfechtbarkeit 10 - 29
Angehöriger der Gesundheitsberufe 4 3 8
Anhänge 2 83 3
Anhänge, Aktualisierung 2 88 1 f.
Anknüpfungspunkt 2 1 19
Anrechnung von Einkünften 2 44 7
Ansprüche von Opfern staatlicher Verfolgung 2 83 2
Anspruchskonkurrenz 2 36 25
Anspruchskumulierung aus der derselben Pflichtversicherungszeit 2 10 5
Anteilige Berechnung 2 52 42
Antidiskriminierungsrecht **Einf.** 23
Antidiskriminierungsrichtlinie 2 4 2
Antikumulierungsregel 2 10 1, 38 2, 52 1, 40, 55 3, 87a 20
– anspruchshindernde sonstige Einkünfte 2 55 8
– internationaler Anwendungsbereich 2 55 2
– Leistungen gleicher Art 2 54 3
– Leistungen unterschiedlicher Art 2 55 2
– mehrere autonome Leistungen 2 55 3
– mitgliedstaatliche 2 52 4
– nationale 2 53 6
Antragsgleichstellung 2 81 8
Antragstellung im Leistungsfeststellungsverfahren, europaweite Wirkung 2 50 5
Antragsweiterleitung 2 81 6
Antwortfristen 2 81 12
Anwartschaftserfordernisse 2 6 18
Anwendbarkeit, unmittelbare 10 3
Äquivalenzregel 2 5 1, **Vor** 36 5, 76 21
Arbeitgeber als zuständiger Träger
– Geldleistungen bei Krankheit 2 21 6
Arbeitgeberleistungen 2 **Vor** 17 26
Arbeitnehmer 2 **Vor** 1 5, 1 6
– EU-Bedienstete 1 45–48 10
Arbeitnehmerfreizügigkeit 2 **Vor** 23 11, 56 3
Arbeitsförderungsrecht 2 3 24
Arbeitslosengeld 2 3 23
Arbeitslosenversicherung 2 1 23, 3 14, 16, **Vor** 61 2
Arbeitslosigkeit 2 1 8, 2 20
– Leistungen bei 2 3 14, 21 ff., 26
Arbeitsmarktpolitik 2 3 24
– aktive 2 **Vor** 61 3, 10
Arbeitsrecht 2 1 6
Arbeitsunfähigkeit, Bescheinigung 2 21 9 ff.
– Bindungswirkung 2 21 9 ff.
– Widerlegung der Richtigkeit 2 21 11
Arbeitsunfälle 2 1 38, 36 2 f.
– besondere Sachleistungen 2 36 19
– Brexit 2 **Vor** 36 3, 37 1

- Leistungen bei 2 3 19
- Sachverhaltsgleichstellung 2 **Vor 36** 8
- Transport 2 37 1
- Arbeitsvermittlung, EURES 2 **Vor 61** 7
- Arbeitsvertrag 2 1 9
- Arbeitsverwaltung 2 3 26
- Arzneimittel 2 1 38
- Ärztliche Gutachten 2 82 2
- Arzt seiner Wahl 2 76 10, 82 6
- Assoziationsrecht 2 1 5; 9 1
 - EG-Türkei 2 48 13
 - Verbot der Besserstellung 2 70 35
- Atlanta Fruchthandelsgesellschaft 10 13
- Atypischer Grenzgänger 2 65 11
- Aufenthalt 2 1 4, 21, 36 18
- Aufenthaltsurlaubnis 2 2 9
- Aufenthaltsstaat 2 36 19
- Aufstocker 2 23 6
- Ausbildungsförderung 2 1 42
- Ausgleich 2 **Sond.-Vorschr. DVO 16**
 - grenzüberschreitender nationaler 2 84 5
 - internationaler 2 84 5
- Auskunftsverlangen 2 84 36
- Ausländische Beitreibungstitel 2 84 39
- Auslandsbehandlung 2 36 21
 - Kosten 2 36 27
- Auslandsleistungsrecht
 - Differenzierung nach Staatsangehörigkeit 2 7 2
- Auslegung 1 45–48 6 ff.; 10 10, 126; 2 76 24
 - einheitliche 10 10, 18
 - historische 10 120 ff.
 - Methoden 10 119
 - nationales Recht 10 18
 - richtlinienkonforme 10 9
 - systematisch-teleologische 10 121
 - unionsrechtskonforme 10 3, 76
 - wörtliche 10 120
- Auslegungsfragen 10 8 ff.
- Ausnahmevereinbarung 2 16 13
 - Rahmenübereinkommen zur Telearbeit 2 16 3
 - Telearbeit 2 16 3
- Ausschließliche Zuständigkeit 2 38 3
- Ausschlussregelungen, nationale 2 87a 14
- Austrittsabkommen **Einf. 40**; 2 **Vor 11–16** 19
- Autonome Leistungen 2 52 6, 55 3
 - Teilung der 2 55 7
- Beamte 2 1 11, 3 51, 36 11, 49 1 ff., 51 10, 61 7
 - Sonderregelung im KV-Recht 2 1 3
 - Sondersysteme **Einf. 19**; 1 45–48 21; 2 3 47, 60 1 ff.
- Beamtenätigkeit
 - Zusammentreffen 2 13 23 f.
- Befreiung, von Legalisierung 2 80 4
- Begünstigungsprinzip 2 46 4
- Behandlungsmitgliedstaat, Pflichten 4 4 7
- Behinderte 2 3 13, 40
 - regionale Leistungen in der VO (EG) Nr. 883/2004 2 **Vor 17** 37
- Behindertenbeihilfen 2 3 15
- Behörde 2 81 4
 - Zuständige 2 81 6
- Beihilfen **Einf. 81**
- Beiträge
 - Hereinbringung von vorläufig gezahlten Beiträgen 2 84 14
 - vorläufige Berechnung 2 76 24
- Beitragsfreie Systeme 2 3 30
- Beitragsfreie Zeiten, Bewertung 2 52 25
- Beitragszeiten mit Sachbezug 2 52 29
- Beitreibung 2 84 38,
Sond.-Vorschr. DVO 16
 - Forderungen 2 84 30
 - Steuern 2 84 34
- Belgien 2 1 8
- Benachteiligungsverbot 1 45–48 12, 14, 26
- benefit in cash 2 1 38
- benefit in kind 2 1 38
- Beratender Ausschuss 2 75 1 ff.
 - Aufgaben 2 75 5 f.
 - Geschäftsordnung 2 75 4
 - Verhältnis zum Beratenden Ausschuss für die Freizügigkeit der Arbeitnehmer 2 75 2
 - Zusammensetzung 2 75 3
- Berechnung des theoretischen Betrags
 - fiktive Gesamtrente 2 52 17
- Berechnung von Renten
 - bei laufendem Rentenfeststellungsverfahren 2 87a 17
- Berechnung von Renten, vorläufige 2 **Sond.-Vorschr. DVO 12**
- Bereichsausnahme **Einf. 84**, 89
- Berufsgenossenschaften **Einf. 96**
- Berufskrankheiten 2 **Vor 36** 7, 36 2 f.
 - Brexit 2 37 1
 - Leistungen bei 2 3 19
 - Transport 2 37 1
 - Verschlimmerung 2 39 1
- Berufssoldat 2 1 8
- Berufsständische Versorgung 2 51 8

- Beschäftigung 2 **Vor 11–16** 15
- Zusammentreffen mit selbstständiger Tätigkeit 2 **13** 21 ff.
- Beschäftigungslandprinzip 2 **Vor 11–16** 8 ff., **11** 11, **Vor 67** 6
- Ausnahmen 2 **13** 1 ff.
 - Beschäftigung in mehreren Mitgliedstaaten 2 **13** 3 ff.
- Beschäftigungsort 2 **11** 9 ff.
- Beschäftigungsverhältnis 2 **1** 8, **Vor 11–16** 5, **12** 8 ff.
- Beschäftigungszeiten, Zusammenrechnung von **Einf.** 109
- Beschränkungsverbot **Einf.** 101; **1** 45–48 12 ff., 26, 28
- Besondere beitragsunabhängige Geldleistungen 2 **3** 31, 38, **70** 8 f.; **3 VO 492/2011** 8
- Brexit 2 **70** 4
 - Gleichbehandlungsgebot 2 **70** 28
 - Wohnmitgliedstaat 2 **70** 21
- Betriebliche Altersversorgung 2 **Vor 50** 3
- Auskunfts- und Informationspflichten **8b** 15 ff.
 - Freizügigkeit **8a** 2 ff.; **8b** 1 ff.
 - Pensionsfonds-Richtlinie **8b** 1 ff.
 - Unverfallbarkeitsfristen **8a** 7 f.
- Betriebsrenten, Altersgrenzen 10 53
- Beweislast 10 71
- Bilaterale Abkommen 2 **Vor 1** 4, 2 **12**, **61** 12
- Datenschutz 2 **77** 5
- Bindungswirkung 2 **76** 3
- Bescheinigungen 2 **17** 23 ff.
 - medizinische Befunde 2 **17** 24 ff., **20** 34
- Binnenmarkt 2 **2** 10
- Binnenmarktähnliche Verhältnisse 9 4
- Bleiberecht 2 **Vor 23** 11 f.
- Bonifaci 10 130
- Brasserie du pêcheur 10 130
- Brexit **Einf.** 40 f.; **2** 8 **1**, **Vor 11–16** 19, **11** 38, **12** 29, **13** 27, **16** 13, **Vor 23** 14 ff., **23** 10, **24** 12, **25** 4, **26** 3, **27** 9, **28** 8, **29** 3, **30** 8, **36** 2, **11**, **13** f., **38** 2, **5**, **39** 1, **40** 1, **7**, **Vor 44** 8 ff., **44** 8, **45** 2, **46** 9, **47** 5, **48** 16, **49** 3, **Vor 50** 15 ff., **50** 15, **51** 13, **52** 47, **53** 12, **54** 4, **55** 9, **56** 7, **57** 15, **58** 4, **59** 7, **60** 10, **61** 5, **7**, **12** f., **62** 1, **Vor 67** 10, **Vor 76** 4, **88** 3
- Austrittsabkommen 2 **Vor 23** 14, **Vor 44** 8, **Vor 50** 15
 - Handelsabkommen 2 **Vor 23** 15, **Vor 44** 9, **Vor 50** 16
 - Krankenversicherung der Rentner 2 **Vor 23** 14 f.
 - Leistungen bei Invalidität 2 **Vor 44** 8 f.
 - Leistungen wegen Alters 2 **Vor 50** 15 f.
 - Regelungen Krankenversicherung 2 **Vor 17** 85
 - SozSichUKG 2 **Vor 23** 16, **Vor 44** 10, **Vor 50** 17
- Bürgergeld 2 **70** 16
- Bürgerpflichten 2 **76** 21
- Bürgerstellung 2 **2** 9
- C.I.L.E.I.T. 10 36
- Charta der Grundrechte 2 **Vor 17** 7
- Costa/E.N.E.L. 10 3
- Da Costa 10 36
- D-Arzt-Verfahren 2 **36** 27
- Daten, elektronischer Austausch 2 **72** 31 f.
- Datenaustausch 2 **78** 1
- Ausnahmen 2 **78** 21
 - elektronisch 2 **78** 19
 - Kommunikation mit den betroffenen Personen 2 **78** 22
 - papierbasiert 2 **78** 20
 - Sondervereinbarung 2 **78** 21
- Datenschutz 2 **77** 1 ff.
- Grundsätze 2 **77** 5
- Datenschutz-Grund-VO 2 **77** 3
- Definitionsnormen 2 **Vor 1** 3
- Dienstleistungsfreiheit **Einf.** 89, 94; **2** 2 **11**, **Vor 17** 4, **41**, **36** 22, 25; **4 Vor 18**
- Gesundheitsdienstleistungen 2 **Vor 17** 4, **41**; **4 Vor 18**
 - nur für grenzüberschreitende Nachfrage **4 Vor 29**
 - passive Dienstleistungsfreiheit 2 **Vor 17** 41; **4 Vor 18** ff.
 - Verhältnis zu VO (EG) Nr. 883/2004 **4 Vor 31**
- Dienstleistungsrichtlinie 2 **Vor 17** 4, **41**; **4 Vor 6**, **18**
- Diskriminierung
- mittelbare **1** 45–48 11, 27; **2** 4 **2**
 - offene **1** 45–48 11
 - Rechtsfolgen 2 **4** 9
 - unmittelbare 2 **4** 2
- Diskriminierungsverbot **Einf.** 102; **1** 45–48 11, 26; **2** 4 **1**
- Patienten-RL **4** 4 **12**
- Dokument A1 2 **76** 18, 26
- Dokument DA1 2 **76** 18
- Dokumente 2 **78** 4
- Dokument P1 2 **76** 18

- Dokument S1 2 76 18, 26
Dokument S2 2 76 18
Dokument S3 2 76 18
Dokument U1 2 76 18
Dokument U2 2 76 18
Dokument U3 2 76 18
Doppel- oder Mehrfachrentner 2 23 1 f.
Doppelte Leistungskürzung 2 10 7
Doppelversicherung 2 11 2 ff.
Drittstaaten 2 2 2, 15
Drittstaatsangehörige **Einf.** 39 f., 44; 2 1 20, 2 4 ff., 10, 14, 61 5, 91 1
Durchführungsverordnung 2 **Vor** 44 7, 89 1
– Überprüfung der Regelungen 2 84 46
EbAV Neufassung 8b 3
E-Commerce
– Abschluss aus der Patienten-RL 4 1 14, 2 5
EESSI 2 78 1, 79 1
– Gemeinsames Datenmodell 2 78 2
– Geschäftsprozesse 2 78 3
– Strukturierte Elektronische Dokumente (SED) 2 78 6
– Trägerverzeichnis 2 78 14 ff.
– Übergangszeit 2 78 26
– Vereinigtes Königreich Großbritannien und Nordirland 2 78 1
EESSI-Architektur 2 78 8
– Datenübermittlungsprotokoll 2 78 13
– ebMS AS4 2 78 13
– nationale IT-Anwendungen 2 78 12
– RINA 2 78 12
– TESTA-ng-Netz 2 78 11
– zentraler Knoten 2 78 10
– Zugangsstellen 2 78 9
Effektivitätsgrundsatz 2 76 21
Ehegatte 2 1 16
EHIC Europäische Krankenversicherungskarte 2 19 20 ff.
Eigenbeteiligung 2 1 38
Einheitliche Rentenbiografie 2 50 4
Ein-Staat-Prinzip 2 **Vor** 67 6
Einwohnersicherungen 2 1 37
Elektronische Daten
– Austausch 2 76 14
– Authentizität 2 78 23
– Gültigkeit 2 78 24
– rechtlicher Stellenwert 2 78 23
Elektronischer Datenaustausch 2 78 1
Elterngeld 2 1 16, 42
Entgeltpunkte, pro-rata 2 52 36
Entschädigung, soziale 2 3 42
Entschädigungssysteme **Einf.** 47; 2 3 42
Entscheidungen anderer mitgliedstaatlicher Träger
– keine Bindung 2 46 7
Entsendung 2 12 3 ff., 36 19, 87a 24
– abhängig Beschäftigte 2 12 4 ff.
– Arbeitnehmerüberlassung 2 12 11 f.
– Bescheinigung 2 12 18 f., 28
– betriebliche Altersversorgung 8a 22 ff.
– Dialog- und Vermittlungsverfahren 2 12 20
– Homeoffice 2 12 22
– Ortskräfte 2 12 7
– Selbstständige 2 12 23 ff.
– Telearbeit 2 12 22 ff.
– Zuständigkeitsstreit 2 **Sond.-Vorschr. DVO** 3
Entterritorialisierung **Einf.** 32
Entziehungsbestimmungen 2 52 8
Ereignisse 2 87a 8
Ermittlung
– Wegeunfall 2 76 10
– Zahlbetrag 2 52 35
Erstattung 2 **Vor** 36 9, 65 17
– Verzicht 2 85 8
Ersuchende Partei 2 84 31
Ersuchte Partei 2 84 31
Erwerbseinkommen
– Durchschnittserwerbseinkommen 2 36 16
Erwerbsfähigkeit 2 3 12
Erwerbslosenquote 2 **Vor** 61 1
Erziehungsgeld 2 3 28
EU-Beamte 1 45–48 14; 2 2 9
Europäische Arbeitsbehörde (ELA) 2 74a 2 ff., 76 28
– Gründung 2 74a 2
– interne Organisation 2 74a 2
– Rechtsnatur 2 74a 3
– Verhältnis zur Verwaltungskommission 2 74a 5
Europäische Rentenbiografie 2 **Vor** 50 5
Europäischer Gerichtshof für Menschenrechte 2 2 13
Europäischer Gesundheitsdatenraum
– VO (EU) 2025/327 v. 11.2.2025 2 **Vor** 17 81
Europäischer Wirtschaftsraum (EWR) 9 3
Europäische Säule sozialer Rechte 2 **Vor** 50 13

- Europäisches Leistungsfeststellungsverfahren
2 50 9
- Antragsbegrenzung 2 50 12
 - Beschleunigung 2 50 9
 - Günstigkeitsprinzip 2 50 12
 - Pflicht zur Vorschusszahlung 2 50 10
 - Pflicht zur Zahlung von Zinsen 2 50 10
- Europäisches Verfahrensrecht 2 76 19,
87a 12, 25, **Sond.-Vorschr. DVO** 15
- European Health Data Space (EHDS)
- VO (EU) 2025/327 v. 11.2.2025 2 **Vor** 17 81
- EU-Staatsangehörige 1 45–48 17
- E-Vordrucke 2 78 5
- EWG-Vertrag 2 72 5
- Verordnungsermächtigung 2 72 4
- EWR 2 91 2
- Abkommen **Einf.** 39; 2 91 1
 - Staaten 2 **Vor** 1 6, 2 5
- Export 1 45–48 15
- Ausnahme 2 70 2
 - Ausschluss 2 70 20
- Exportpflicht 2 **Vor** 67 5, 9
- Expositionszeiten 2 **Vor** 36 7, 38 1
- Fachausschuss für Datenverarbeitung
2 73 1 ff.
- Arbeitsweise 2 73 3
 - Aufgaben 2 73 4 ff.
 - Zusammensetzung 2 73 2
- Factortame 10 13, 130
- Familienangehörige 2 1 16, 2 18, 36 17, 62 5,
67 4
- Bestimmung bei Sachleistungen der KV
2 17 10
 - Leistungsansprüche aus Wohnsitz in einem
Staat mit öffentlichem Gesundheitsdienst
2 32 1 ff.
- Familienbetrachtungsweise 2 **Vor** 67 9
- Familienleistungen 2 1 42, 3 27, **Vor** 67 1 ff.
- Änderung der Rechtsvorschriften
2 68 26
 - Änderung der Zuständigkeit 2 68 26
 - Antragstellung 2 68 20 ff.
 - Anwendbarkeit der Prioritätsregeln
2 68 3 ff.
 - Ausnahme im Diskriminierungsrecht
5 7 16
 - Begriff 2 **Vor** 67 2 ff.
 - Berechnung 2 68 13 f.
 - Beschäftigungslandprinzip 2 67 7
 - Erwerbstätigkeit 2 68 7
 - Exportpflicht 2 67 1, 8 f.
- Familienbetrachtungsweise 2 67 10 ff.
 - Familiensachleistungen 2 68 19
 - gleichartige Leistungen 2 68 3, 13
 - Indexierung 2 67 8 f.
 - Kinderzuschüsse für Rentner 2 69 1
 - Leistungen durch unzuständigen Staat
2 68 17 f.
 - Leistungen für Waisen 2 69 1 ff.
 - Meinungsverschiedenheiten zwischen den
Trägern 2 68 25
 - Prioritätsregeln 2 68 1 ff.
 - Rente 2 68 7
 - Rentner 2 67 13 f.
 - Rückforderung 2 68 25
 - Sachleistungen 2 67 15
 - Unterschiedsbetrag 2 68 3, 11 ff.
 - Verfahren 2 68 20 ff.
 - Verfahren der Gewährung 2 68 20 ff.
 - vorläufige Entscheidung 2 68 23 f.
 - vorläufige Leistungsgewährung 2 68 25
 - Währungsumrechnung 2 68 15
 - Wohnort 2 68 7
 - Wohnortfiktion 2 67 1
 - Wohnsitz-Wohnsitz-Fälle 2 68 16
 - Zahlung mit befreiender Wirkung
2 68a 1
 - Zuständigkeitsstreit
2 **Sond.-Vorschr. DVO** 9
 - Zweckentfremdung 2 68a 1
- Familienrecht 2 1 16
- Familienstatus 2 2 3 f., 7
- Fiktiver Jahresarbeitsverdienst 2 53 7
- Finanzielles Gleichgewicht 2 **Vor** 36 12
- Gefährdung des 1 45–48 9
- Flüchtlinge 2 1 4, 14, 2 2, 4, 7, 15, 18
- Förderung der Zusammenarbeit
- bestimmte Personengruppen 2 72 27
- Förderung des Einsatzes neuer Technologien
- größtmöglicher Einsatz 2 72 29
- Formular A1
- vorläufige Ausstellung
2 **Sond.-Vorschr. DVO** 6
- Foto-Frost 10 13, 34
- Franovich 10 130
- Freistellung von der Leistungspflicht
2 57 6 ff.
- Freiwillige Versicherung 2 14 1 ff.
- Zusammentreffen 2 14 3 ff.
- Freiwillige Weiterversicherung 2 14 5 ff.,
53 9

- Freizügigkeit 2 1 20, 3 2, 7, 33, 43
– betriebliche Altersversorgung 8a 2 ff.; 8b 1 ff.
- Freizügigkeit der Arbeitnehmer **Einf.** 8, 10, 20, 31, 34, 69; 1 45–48 1, 5; 2 **Vor** 61 6
- Freizügigkeitsabkommen mit der Schweiz 2 91 1
- Freizügigkeitsrecht 1 18–21 1 ff.; 10 123
- Fremdmitgliedstaatliche Regelungen
– anpassende Regelungen 2 53 7
- Fremdmitgliedstaatliche Zeiten
– ausländische Beitrags-, Wohn- und gleichgestellte Zeiten 2 52 22
– inländischer Zeittypus 2 52 30
– konkrete Gleichstellung 2 51 2
- Fremdrentengesetz 2 3 45
- Fristenwahrung 2 81 2
- Fürsorge 2 3 35, 40
- Garantiertes Altersmindesteinkommen 2 59 5
- Gebührenbefreiung 2 80 2
- Geburtsbeihilfe 2 1 42
- Geburtsdatum, Unterschiede
– Änderung der Versicherungsnummer 2 48 12
– Urkunden 2 48 11
– Versicherungsnummer der gesetzlichen Rentenversicherung 2 48 10
- Geburtsurkunde 2 76 27
- Gefährdung des finanziellen Gleichgewichts 1 45–48 9; 2 **Vor** 36 12
- Gegenseitige Anerkennung des Invaliditätszustandes 2 **Vor** 44 2
- Geldleistungen 2 1 38, 3 31, 36 15 ff., 20
– bei Krankheit 2 17 4
– beitragsunabhängige 2 3 31, 38
– besondere beitragsunabhängige **Einf.** 46; 2 70 8 f.
– Hereinbringung vorläufig gezahlter Geldleistungen 2 84 9
- Geltungsbereich, sachlicher 2 3 2, 43
- Gemeinschaftsrechtliche Rentenberechnung
– Verzicht 2 52 10
- Genehmigung 2 36 22
- Genfer Flüchtlingskonvention 2 1 4, 14
- Gericht
– Begriff 10 19
– Gerichtsunabhängigkeit 10 4
– letztinstanzliches 10 32 ff.
– vorlageberechtigtes 10 19
– vorlageverpflichtetes 10 32
- Geringfügigkeitsgrenze 2 57 2
- Gesamtleistung 2 52 24
- Gesamtleistungsmodell 2 52 23
- Geschlechterverhältnis 2 **Vor** 1 5
- Gesetzliche Systeme 5 3 4
– Unterschied zur Sozialhilfe 5 3 8
- Gesetzliche Unfallversicherung 2 36 8
- Gesonderte Koordinierung 2 **Vor** 44 2
- Gesundheitsdienstleistungen 4 3 1
- Gesundheitsschäden 2 3 42
- Gesundheitsversorgung 4 3 1
– Gewährung von Leistungen
– vorläufige Zuständigkeit 2 85 8
- Gewöhnlicher Aufenthalt 2 1 19, 21
- Gleichbehandlung 1 45–48 11, 27; 2 4 1, 3, **Vor** 67 5
- Gleichstellung fremdmitgliedstaatlicher Zeiten
– Vorschriften zur freiwilligen Versicherung 2 6 16
– Zugang/Befreiung von der Pflichtversicherung 2 6 16
- Gleichstellung von Personen 2 10 2
- Gleichstellung von Sachverhalten 2 **Vor** 50 8
- Grad der Pflegebedürftigkeit 2 82 10
- Grenzgänger 2 1 13, 36 14, **Vor** 61 12, 62 1, 65 8, 14, 87a 27
– atypischer 2 65 11
– Familienangehörige 2 87a 28
– selbstständig erwerbstätige 2 65a 1
– unechter 2 65 9, 16
- Grenzgänger, ehemalige
– Familienangehörige 2 28 4 ff.
- Grenzüberschreitende Gesundheitsversorgung 4 3 1
- Grenzüberschreitender Sachverhalt 2 2 3, 8
- Grenzüberschreitendes Element **Einf.** 53b f., 85
– grenzüberschreitender Sachverhalt **Einf.** 53a
- Grundfreiheit der Freizügigkeit 2 **Vor** 50 4
- Grundfreiheiten **Einf.** 86; 2 2 11, **Vor** 50 7
- Grundrente 2 70 12, 16
- Grundsatz der Solidarität **Einf.** 79
- Grundsatz der Zusammenrechnung 2 6 1 ff.
– Abgrenzung zum Grundsatz der Tatbestandsgleichstellung 2 6 13
– Abgrenzung zur Sachverhaltsgleichstellung 2 6 3

- anspruchsbegründender Charakter 2 6 14
- Anwendungsbereich 2 6 4 ff.
- Aufrechterhaltung von gleichartigen Leistungsansprüchen 2 6 12
- Berücksichtigung fremdmitgliedstaatlicher Zeiten 2 6 16
- Erwerb von gleichartigen Leistungsansprüchen 2 6 12
- europarechtliches Äquivalenzprinzip 2 6 3
- Gleichstellung fremdmitgliedstaatlicher Zeiten 2 6 16
- internationale soziale Gerechtigkeit 2 6 3
- multinationale Zusammenrechnung 2 6 5
- qualifizierte Zeiten 2 6 13
- unionsrechtlich einheitliche Erwerbs- bzw. Versicherungsbiografie 2 6 3
- Wartezeiterfordernisse 2 6 14
- Wartezeit- oder Vorversicherungserfordernisse 2 6 2
- Grundsatz des Exports von Geldleistungen
 - wohlerworbene Rechte 2 7 3
- Grundsätze öffentlicher Dienstleistungen 2 76 16
- Grundsicherung bei Erwerbsminderung 2 70 16
- Grundsicherung für Arbeitsuchende 2 70 16
- Grundsicherung im Alter 2 23 6 f., 70 16
- Günstigkeitsprinzip 1 45–48 26; 2 10 3, 61 12
- Haftung der Mitgliedstaaten 10 40
 - Gegenstand 10 132
 - Grundlagen 10 130
 - Umfang der Entschädigung 10 137
 - Voraussetzungen 10 132
- Haftungsfreistellung 2 85 1
- Harmonisierung **Einf.** 7, 73, 96; 1 45–48 5, 24; 2 **Vor** 50 7
- Beamte **Einf.** 33
- Heilmittel 2 1 38
- Hilfe in besonderen Lebenslagen 2 3 40
- Hilfe zum Lebensunterhalt 2 3 40
- Hilfe zur Gesundheit 2 23 7
- Hilfe zur Pflege 2 3 40
- Hilfsmittel 2 1 38
- Hinterbliebene 2 1 17, 2 4, 7, 20, **Vor** 50 2
 - Leistungen an 2 3 18
 - Renten 2 1 39
- Höchstbetragsregelung 2 52 39
- Humanitäres Völkerrecht 2 2 15
- Hybride Leistungen 2 70 5
- Hypothetische Gesamtrente 2 52 15
- ILO 2 2 13
 - Konvention Nr. 102 **Einf.** 45
- Inanspruchnahme Krankenversicherungsleistungen 2 **Vor** 17 69
- Informationsmaterial für Bürger 2 76 29
- Informationspflicht, gegenseitige 2 76 17
- Informationssystem MISSOC 2 72 37
- Inländerdiskriminierung 2 4 4
- Innerdeutsche Rentenrechtsangleichung 2 52 12
- Invalidität 2 3 13, **Vor** 44 6
 - Begriff 2 **Vor** 44 3
 - Feststellung 2 82 8
 - Leistungen bei 2 3 12
- Island
 - Umrechnungskurs 2 **Sond.-Vorschr.** DVO 3
- Jugenderwerbslosigkeit 2 **Vor** 61 1
- Kapitalgedeckte Rentensysteme 2 83 2
- Kartell- und Missbrauchsverbot **Einf.** 77
- Kind 2 1 16
- Kindererziehungszeiten 2 87a 3, 16 f.
- Kindergeld 2 1 42
- Klärung von Verwaltungs- und Auslegungsfragen
 - Entscheidungen 2 72 20
 - Vermittlungsausschuss 2 72 22
- Kollektivvereinbarung 2 3 5
- Kollisionsnorm 2 **Vor** 11–16 1 ff., 11 2 ff., **Vor** 23 9, 23 3, **Vor** 50 6, 70 24
 - Auffangregelung 2 11 31 ff.
 - Beamte 2 11 15, 24 ff.
 - Familienleistung 2 11 5
 - Flugbesatzung 2 11 23
 - Leistungen bei Arbeitslosigkeit 2 11 16
 - Rentenbezieher 2 16 12
 - Seeleute 2 11 19 ff.
 - Selbstständige 2 11 17 f.
 - Wehrdienstleistende 2 11 28 ff.
 - Zivildienstleistende 2 11 28 ff.
- Komplementäre Sicherungssysteme **Einf.** 28
- Konkordanztabelle 2 46 6
- Konkurs- und Ausgleichsverfahren 2 84 41
- Kontaktadressen 2 78 14
- Kontakt zwischen Einrichtungen 2 76 12

- Kontakt zwischen Trägern 2 76 13, 16
Kontrolle, verwaltungsmäßige 2 82 9
Kontrolle durch Träger des Aufenthalts- oder Wohnorts 2 46 8
Konvergenzstrategie 2 Vor 50 9
Koordinationsrecht 2 36 4
Koordination **Einf.** 13, 15, 18, 28, 32, 34, 54, 69, 73; 1 45–48 1, 5, 24; 2 Vor 50 1, 66 4
– Auftrag des Art. 48 AEUV 2 71
– Auslegung 1 45–48 20
– OMK **Einf.** 75
– unterschiedliche Altersgrenzen 2 48 2
– unterschiedliche Geburtsdaten 2 48 9
Koordinationsrechtliche Grundsätze 2 Vor 67 5 f.
Kosten der Auslandsbehandlung 2 36 27
Kostenerstattung **Einf.** 89, 92; 2 1 38, 36 22, 82 12; 4 Vor 77
– an den Versicherten 2 19 26 ff., 20 38 ff.
– pauschale 2 85 8
Kostentragung 2 65 17
Kostentragungspflicht
– Krankenversicherung der Rentenantragsteller 2 22 18
Krankenbehandlung **Einf.** 92; 2 36 22
– im Ausland **Einf.** 93
Krankheit 2 1 38, Vor 17 38, Vor 44 6
– Kurzfristigkeit 2 Vor 17 24
– Leistungen bei 2 3 8, 30
Kriegsopfer 2 3 42
Kriegsopfersystem 2 3 44
Kumulierungsverbot **Einf.** 57
Kürzungsbestimmungen 2 52 8
Langzeitpflege
– Definition in RL 2011/24/EU 4 1 10
Lebenspartner 2 1 16
Lebensunterhalt, Hilfe zum 2 3 40
Legaldefinitionen 2 1 2
Legalzession 2 85 2, 4
Leistung, nicht festgestellt oder ruhend gestellt
– vor dem Anwendungsbeginn der VO (EG) Nr. 883/2004 aufgrund der Staatsangehörigkeit 2 87a 11
– vor dem Anwendungsbeginn der VO (EG) Nr. 883/2004 aufgrund des Wohnortes einer Person 2 87a 11
Leistungen 2 1 39
– Anspruch vor Anwendung der VO (EG) Nr. 883/2004 2 87a 7
– präventive 2 3 24
– vorläufige 2 84 10
– vorläufige Berechnung 2 76 24, **Sond.-Vorschr. DVO** 11
– vorläufige Gewährung 2 76 24
– vorläufige Zuständigkeiten 2 76 24
Leistungen, vorläufige
– bei Berufskrankheiten 2 85 8
– Familienleistungen 2 85 8
Leistungen an Hinterbliebene 2 3 18
Leistungen bei Alter 2 3 16, Vor 50 2
Leistungen bei Arbeitslosigkeit 2 1 40, 3 14, 21 ff., 26
– Berechnungsmodus 2 62 1
– Brexit 2 Vor 61 8, 64 2, 65 4
– Export 2 64 2
Leistungen bei Arbeitsunfällen und Berufskrankheiten 2 3 19
Leistungen bei Invalidität 2 3 12
– Zusammenrechnung von Zeiten 2 45 1
Leistungen bei Krankheit und Mutterschaft 2 3 8, 30, Vor 17 22 ff.
Leistungen bei Pflegebedürftigkeit 2 Vor 17 27, 23 9
Leistungen bei Vaterschaft 2 3 11, Vor 17 39
Leistungen der beruflichen Integration 2 Vor 44 5
Leistungen durch den unzuständigen Staat 2 Vor 67 6
Leistungsexport 1 45–48 4; 2 71 ff., Vor 61 11, 64 4
– andere territoriale Voraussetzungen 2 7 5
– Arbeitnehmerfreizügigkeit 2 71
– Ausnahme 2 7 3, 6
– beitragsunabhängige Geldleistungen 2 7 6
– Beitragszuschuss zur Krankenversicherung 2 7 9
– besondere beitragsunabhängige Geldleistungen 2 7 3
– Erziehungsgeld 2 7 14
– Familienleistungen 2 7 13
– Fremdrentengesetz 2 7 9
– Gebietsgleichstellungsregelung 2 7 13
– Geldleistungen 2 7 1
– Geldleistungen bei Krankheit 2 7 11
– Geldleistungen der Pflegeversicherung 2 7 11
– Geldleistungen der Unfallversicherung 2 7 10
– Geldleistungen wegen Arbeitslosigkeit 2 7 12

- Geldleistungen zur Rehabilitation 2 7 11
- gesetzliche Rentenversicherung 2 7 9
- in Drittstaaten 2 7 16
- landesrechtliche Leistungen für Blinde 2 7 14
- Leistung der sozialen Sicherheit 2 7 6
- Leistungen nach dem FRG 2 7 9
- reichsgesetzliche Zeiten 2 7 9
- Riester-Rente 2 7 14
- Unionsbürgerfreizügigkeit 2 7 1
- Wohnortklauseln 2 7 1, 4
- Leistungskumulierung 2 5 3 3
- Leistungspflicht, Freistellung von der 2 5 7 6 ff.
- Lohnfortzahlung im Krankheitsfall 2 3 30
- Loyale Zusammenarbeit 1 4 5–48 14; 2 7 6 3 f.
- Marktfreiheiten **Einf.** 101
- Martínez-Sala 10 122
- Maßnahmen, aktivierende 2 8 2 11
- Medizinische Sachleistungen 2 **Vor** 44 5
- Mehrfachbeschäftigung 2 **Vor** 11–16 16
- Mehrfache Erwerbstätigkeiten
 - Zuständigkeitsstreit 2 **Sond.-Vorschr. DVO** 4 f.
- Mehrfachkürzung 2 5 5 5
- Mindestentgeltpunkte 2 5 2 28
- Mindestleistung 2 5 8 1 ff., 84 24
- Minizeitenregelung 2 5 7 1
- MISSOC 2 7 2 37, 76 5
- Mittelbare Diskriminierung 2 **Vor** 1 4
- Mobilitätsrichtlinie 8a 19, 27
- Monopolstellung **Einf.** 78, 87
- Montanunion **Einf.** 12
- Multilateralisierung 2 4 7
- Mutterschaft 2 1 38
 - Leistungen bei 2 3 8
- Nachteilsausgleich 2 5 2 14, 23
- Nachversicherung 2 6 0 4
- Nationale Kontaktstellen für die Gesundheitsversorgung 4 6 1
- Nationalität 2 2 3 ff.
- Neuberechnung der Renten 2 5 9 1
- Neufeststellung von Amts wegen 2 8 7a 16, 18
- New Yorker Abkommen 2 1 4, 15
- Nicht aktive Personen
 - Zuständigkeitsstreit 2 **Sond.-Vorschr. DVO** 4
- Niederlassungsfreiheit 1 4 5–48 24; 2 1 20
- Notifizierungspflicht 2 9 1
- Offene Methode der Koordinierung (OMK) **Einf.** 75
- Öffentliche Dienstleistungen, Grundsätze 2 7 6 16
- Öffentlicher Auftrag **Einf.** 83
 - Auftraggeber **Einf.** 82, 84
 - Auswahlentscheidung **Einf.** 85
- Opfer des Krieges 2 3 4 2
- Opfer von Gewalttaten **Einf.** 102
- Organtransplantation
 - Ausschluss der Patienten-RL 4 1 1 2
 - Leistungen an den Spender 2 **Vor** 17 40
- Paletta I 10 122
- Patient 4 3 3
 - Definition in RL 2011/24/EU 4 1 5
- Patientenrichtlinie
 - Verhältnis zur VO (EG) Nr. 883/2004 2 **Vor** 17 49; 4 **Vor** 31
- Pauschale Anrechnungsfallzeit 2 5 2 27
- Pauschale Kostenerstattung 2 8 5 8
- Pensionsfonds-Richtlinie 8b 1 ff.
 - Anwendungsbereich 8b 4 ff.
 - grenzüberschreitende Tätigkeit 8b 19 ff.
 - Grundsätze für die Tätigkeit 8b 12 ff.
 - Informationspflichten 8b 15 ff.
 - Kapitaldeckung 8b 4
 - Sicherheit und Verlässlichkeit 8b 17 ff.
 - Umlageverfahren 8b 8
- Person 2 6 7 3
- Personenschäden **Einf.** 47; 2 3 4 2
- Persönliche Entgeltpunkte 2 5 2 3 2
- Persönlicher Anwendungsbereich **Einf.** 42
- Persönlicher Geltungsbereich 2 2 1, 5 f.
- Petroni-Prinzip 2 5 8, 8 13, 10 3, 11 4, 46 4, 57 7, 87a 4
- Pflege, Hilfe zur 2 3 4 0
- Pflegebedürftigkeit 2 1 3 8, 36 9, **Vor** 44 6
 - Feststellung des Grades 2 8 2 10
- Pflegegeld 2 3 9, 17 6, 23 9, 36 9
- Pflegeleistungen 2 3 9
- Pflegeversicherung 2 3 8
 - Rentenversicherungsbeiträge 2 3 9
- Pflichten der Bürger 2 7 6 21
- Pflichtmitgliedschaft **Einf.** 98; 2 **Vor** 36 10
- Pflichtversicherung 2 1 4 1 ff.
 - Zusammentreffen 2 1 4 3 ff.
- Portabilität **Einf.** 29
- Portable documents 2 7 6 18, 26
- Präventive Leistungen 2 3 2 4

- Prinzip der Zusammenrechnung 2 **Vor 67 5**
- Prioritätsregeln 2 **Vor 67 9**
- Privatrecht 2 1 6
- Proportionalität 1 45–48 27
- pro-rata-temporis 2 46 5, 52 3
- Teilrentensystem 2 52 16
 - Verfahren 2 52 14
- Proratisierung **Einf. 65**
- Protokoll über die Koordinierung der sozialen Sicherheit 2 **Vor 11–16 19, 12 29, 13 27**
- Prüfungsmaßstab 1 45–48 8
- Qualitätssicherung 2 36 27
- Räumlicher Geltungsbereich **Einf. 48**
- Rechnungsausschuss 2 74 1 ff.
- Arbeitsweise 2 74 3
 - Aufgaben 2 74 4
 - Jahresbericht 2 74 6
 - Rapporteur 2 74 10
 - Rapporteur/Berichterstatter 2 74 2, 6 ff.
 - Zusammensetzung 2 74 2
- Rechtfertigung 1 45–48 11
- der Beschränkung 1 45–48 28
- Rechtmäßiger Aufenthalt 2 2 9, **Vor 67 7**
- Rechtsbehelfe 2 76 19, 81 2, 84 38, 42
- außerordentliche 10 33
 - besondere 10 39
 - Fristen 2 76 19
- Rechtsfolgen der Diskriminierung 2 4 9
- Rechtsmittel
- Begriff 10 33
 - innerstaatliches Recht 10 33
- Rechtsschutz 10 1
- Verpflichtung 10 35
 - vorläufiger 10 13, 35
- Rechtsschutzinteresse 10 72
- Rechtsschutzsystem 10 1
- Rechtsschutzverpflichtung 10 3
- Rechtsvereinfachung **Einf. 34**
- Rechtsvergleichung 10 125
- Rechtsvorschriften 2 1 22, 3 3, 5
- Typ A 2 44 3
 - Typ B 2 46 5
- Rechtsvorschriften, anzuwendende
- Bescheinigung 2 85 6
 - Übergangsfälle 2 87a 22
- Reform 2 **Vor 67 11**
- Rehabilitand 2 1 8
- Rehabilitation, medizinische 2 3 10
- Rehabilitationsleistungen 2 3 15, **Vor 17 25, Vor 44 5**
- grenzüberschreitende Nachfrage 2 **Vor 17 47**
- Reise- und Aufenthaltskosten 2 82 6
- Relevante Zeiten 2 **Vor 61 9**
- Renten 2 1 39
- Rentantragsteller
- Krankenversicherungsschutz 2 22 1
- Rentantragstellung
- Antragsbegrenzung 2 50 7
 - Aufschub 2 50 7
 - europaweite Wirkung 2 50 5 ff.
- Rentantragsverfahren
- Kontaktträger 2 50 8
- Rentenberechnung
- autonome 2 52 2
 - bei laufendem Rentenfeststellungsverfahren 2 87a 17
 - gemeinschaftsrechtliche 2 52 2
 - vorläufige 2 **Sond.-Vorschr. DVO 12**
- Rentenformel des SGB VI 2 56 5
- Renten in Übergangsfällen 2 87a 14
- Rentenkontensystemen 2 83 2
- Rentenversicherung
- Ausgleich 2 84 22
 - Nachzahlung 2 84 22
- Rentenzugangsalter
- Ausnahme vom Verbot der Diskriminierung wegen des Geschlechts 5 7 5
- Rentner 2 67 6
- Revisionsverfahren 10 42
- Ruhensbestimmungen 2 52 8
- Sachleistungen 2 36 9 f., **Sond.-Vorschr. DVO 17**
- Arbeitsunfälle und Berufskrankheiten 2 36 19
 - bei Krankheit 2 17 4
 - besondere 2 **Vor 36 6**
 - große 2 19 17
 - Transportkosten 2 19 16
- Sachleistungsaushilfe 2 17 2, **Vor 23 7, 36 11**
- Defizite 2 **Vor 17 75, 17 18**
 - Grundsätze 2 17 14 ff.
- Sachleistungsprinzip 2 1 38, 36 22
- Sachlicher Anwendungsbereich 2 **Vor 23 5**
- Sachnormen 2 **Vor 50 6**
- Sachverhaltsgleichstellung **Einf. 66; 2 4 3, 5 1, 10 4, Vor 67 5, 80 3, 81 5, 84 5, 85 1**